

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 96 - Dezember 1987/Januar 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Inhalt

Ursachen und Auswirkungen
des Bösenkrachs
Seiten 4 und 5
Krise im Kohlebergbau
Seite 7
Facharbeiterlohn
für Funktionäre
Seite 7
Stoltenbergs Steuerreform
Seite 8

Kranke sollen geschöpft werden

Hände weg vom Gesundheitswesen

„Deutsche Arzneimittel 50% teurer“ als im Rest Westeuropas; „Pharmariese Hoechst 1,7 Mrd. Gewinn“ allein im ersten Halbjahr '84. So lauten die Überschriften in zwei Tageszeitungen.

„Kostendämpfung im Gesundheitswesen“ - hier wären zwei Möglichkeiten, wo angesetzt werden konnte. Aber diese Unternehmer-Regierung will, daß die Versicherten zahlen, also vor allem die arbeitende Bevölkerung. 14 Mrd. DM sollen durch Kürzungen bei den Krankenkassen aufgebracht werden.

Beim Tod von Angehörigen soll es z. B. kein Sterbegeld mehr geben. Gerade wenn man wirklich Hilfe braucht - sehr christlich! Bei Medikamenten, Brillen, Zahnersatz usw. sind Selbstbeteiligung bzw. die Übernahme der Kosten durch die Patienten geplant. Die Arbeitgeber gehen noch weiter. Die Krankheitskosten sollen von den Versicherten vorgestreckt werden, erst später erstatten es die Kassen zurück. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben sie auch im Visier. Gezahlt werden soll erst einen Tag nach Eintreffen der ärztlichen Bescheinigung beim Arbeitgeber. Das dauert bisher einige Tage, d.h.: 3 Tage gute Wünsche, Geld kommt später.

Teil-Krankschreibungen

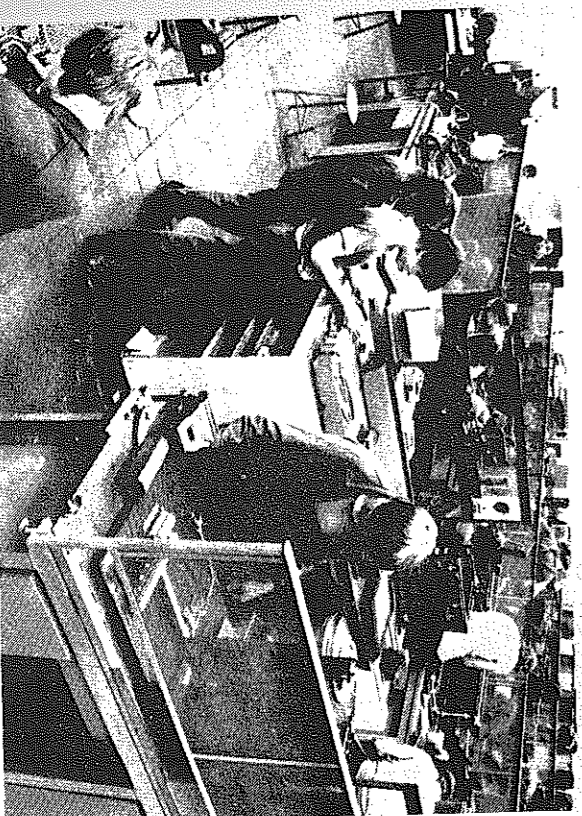
Außerdem schlägt die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände in ihren „Thesen zur Strukturreform“ vor:
- die Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt auf 9,40 DM täglich zu erhöhen;
- Kuren auf den Jahresurlaub anzurechnen;
- 20% Selbstbeteiligung bei Arznei- und medizinischen Hilfsmitteln.

Auch der Präsident der Bundesärztekammer, Vilmar, hat noch einen Vorschlag parat: die Einführung einer „Teilkrankschreibung“, wer sich nur den Arm gebrochen habe, könne schließlich in vielen Fällen durchaus weiter arbeiten gehen. Demnächst müssen wir dann wohl erst mit dem Kopf unterm Arm ankommen, ehe wir „voll“ krankgeschrieben werden...

Billigmedizin für's Volk

Die Unternehmer und ihre Regierung sagen, diese „Einsparungen“ würden den Versicherten durch Belastungsmäßigkeit wieder zufließen. Jedoch bei einem hochwertigen Medikament kann man mit einer Selbstbeteiligung von über 100 DM rechnen, bei entsprechendem Zahnersatz wären es tausende DM. Patienten würden also doppelt bestraft - von Kohl und Krankheit. Das hieße Billigmedizin für's Volk. Denn keine Beitragsermäßigung kann solche Zusatzkosten ausgleichen.

Dabei sind Verbesserungen in unseren Gesundheitssystem dringend nötig. Betten auf den Fluren der Krankenhäuser sind z.B. keine Seltenheit. Kommentar der Ortskrankenkassen:



Um sich gegen Untermierrvillkür und Schikane wirklich wehren zu können, brauchen die Auszubildenden das volle Streikrecht.

Das sind Täuschungsmanöver, ein Problem schlechter Organisation, nicht mangelnder Versorgung. Welche Organisation kann denn Kranke wegzaubern?

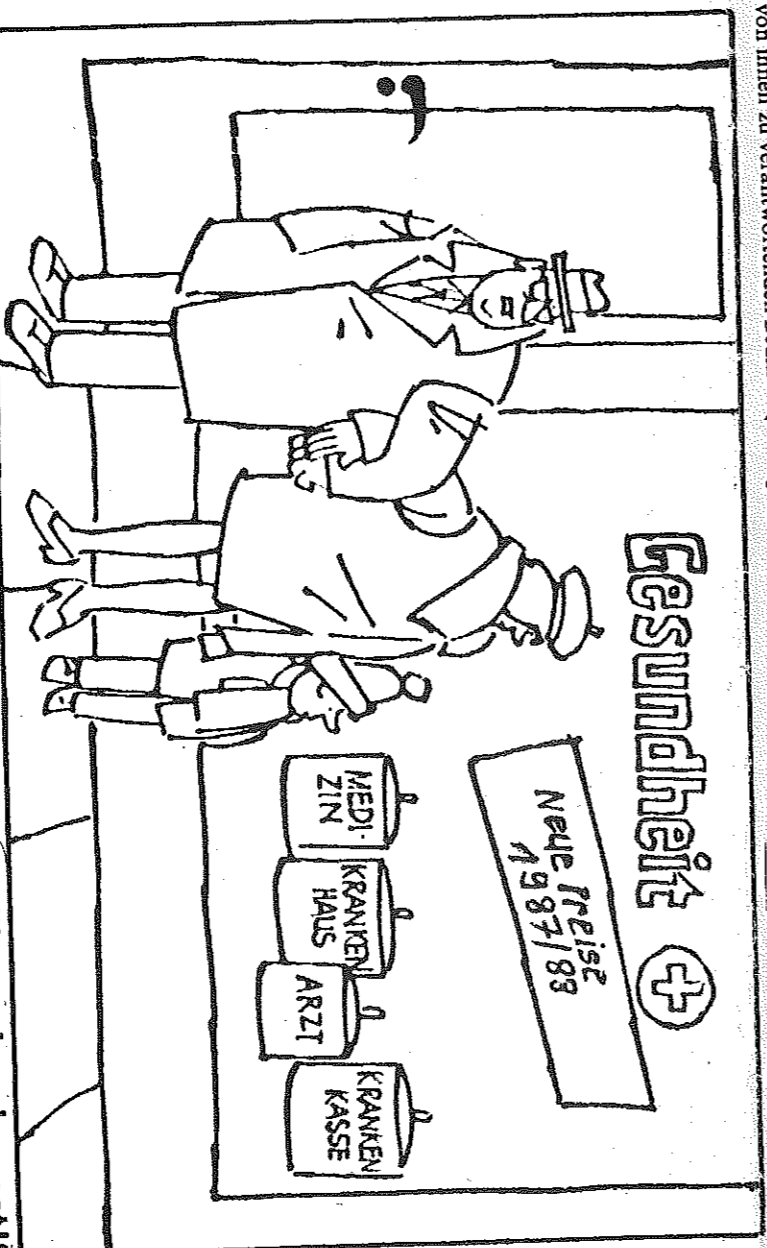
Die Haltung der Unternehmer ist ebensolche Heuchelei, sind doch die von ihnen zu verantwortenden Bedin-

gungen die wichtigsten Krankmacher: giftige Werkstoffe, Streß und Hetze, Umweltverschmutzung der Industrie, 36 Mrd. DM gesundheitliche Folgekosten pro Jahr ist der Preis für Ihre Vergiftung von Mensch und Natur.

Wir fordern daher:
- Weg mit der Zweiklassen-Medizin

- Für ein kostenloses staatliches Gesundheitswesen als erster Schritt zu einer sozialen Medizin, finanziert u.a. durch die Supergewinne der Pharmaindustrie und medizinischen Zulieferindustrie.

Dieter Afbeh, Hamburg
Jungsozialist



„Daß du an keinem Luxusladen vorübergehen kannst!“

Wir fordern:

Streikrecht für Auszubildende

Als Norbert Blum im Januar 1986 den §116 änderte, beschneidete er allen Arbeitnehmern das Streikrecht. Allen? Nein, Auszubildenden nicht - sie besaßen nie eins.

Betrachten wir uns realistisch die Situation eines/einer Auszubildenden: Wenn nach meist etlich langer Bewerbungsschreibung eine Ausbildungsstelle gefunden wird (denn aufgrund der wirtschaftlichen Lage kommen in NRW auf eine Ausbildungsstelle zwei Bewerber/innen ist die Lage keineswegs rosig). Wird die Ausbildung dann endlich begonnen, sieht die Realität oft so aus: Zu den häufigsten Tätigkeiten in der Ausbildung gehören z.B. Kaffee kochen, putzen, Mittagessen für die Kollegen besorgen, Lottoschein abgeben etc. Das kurzzeitige Erntende ist nun an ist

der Azubi eine unterbezahlte Kraft, die quasi dasselbe tut wie ein normal verdienender Arbeiter.

Zum „Wohl der Jugendlichen“ hat der Gesetzgeber bestimmt, daß sie nicht streiken dürfen. Begründung: Während eines möglichen Streiks können Azubis nicht ihrer Ausbildung nachgehen. Welch ein Hohn! Fazit: Azubis sind während ihrer ganzen Ausbildung praktisch wehrlos. Ist die „Ausbildung“ dann abgeschlossen, werden weniger als 50% in ihren erlernten Beruf übernommen; letztendlich sind neue Azubis billiger.

Viele Jugendliche machen eine Ausbildung, die ihnen gar nicht liegt, weil sie Angst haben, auf der Straße zu stehen. Manche machen sogar zwei Ausbildungen, denn wenn sie direkt nach der Lehre gekündigt werden, bekommen sie prozentual einen wesentlich

geringeren Betrag Arbeitslosengeld als wenn sie schon mal gearbeitet haben (Nichterfüllung der Anwartschaft).

Es ist das unbestreitbare Recht eines jeden Arbeitnehmers, für seine Interessen zu kämpfen. Das Streikrecht ist seit jeher das einzige Mittel, sich letztlich gegen die Mächenschaften der Unternehmer zu wehren. Deshalb fordern wir:

- Volles Streikrecht für Azubis
 - Jedem eine Lehrstelle mit DM 1500 Mindestlohn
 - Übernahme statt Überstunden
 - Wer nicht ausbildet, soll zahlen
 - Eine gewerkschaftliche Kampagne zur Durchsetzung dieser Forderungen, damit eine breite Solidaritätsfront geschaffen wird.
- Roland Leroy und
Stuart Dykes
Jungsozialisten aus Krefeld

Der Kommentar

Polizistenmorde in Frankfurt

Die Polizistenmorde an der Startbahn West haben wieder einmal deutlich gemacht, wie schädlich der individuelle Terrorismus für die sozialistische Bewegung ist. Vor sechs Jahren - im Herbst 1981 - war so gut wie die ganze Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet gegen die Flughafen-Erweiterung auf den Beinen. Der bürgerliche Staatsapparat wurde aufgeboten, um die mit dem Startbahn-Bau verbundenen wirtschaftlichen und militärischen Interessen durchzusetzen. Die brutalen Polizeisätze unter Leitung des damaligen Ministerpräsidenten Börrer und seither - das haben Marxisten schon seinerzeit befruchtet - haben einige der durch die Bewegung aktivierten Jugendlichen derart in die Verzweiflung getrieben, daß die jetzigen Schüsse für einige die einzige Lösung zu sein schienen. Läßt man mal die Frage außer acht, ob nicht staatliche Provokateure mitemischt haben. Denn auch diese Möglichkeit kann nicht ausgeschlossen werden. Wissen wir doch von anderen Gelegenheiten, daß die sogenannten „Verfassungsschützer“ Gewalttaten provozierten oder selbst begingen: die staatliche Bombe am Celler Gefängnis oder die staatlichen Gewalttäter bei der Demonstration in Krefeld gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush.

Auch im Zusammenhang mit den Startbahn-Morden gibt es zumindest offene Fragen: z.B. wenn man schon ein riesiges Polizeiaufgebot aufmarschieren läßt, wieso konnte es bei 600 Polizisten gegenüber 200 Demonstranten zu Morden kommen? Der verhaftete Andreas Eichler wurde wochenlang vorher überwacht, wieso konnte er ohne Durchsuchung an die Startbahn gelangen? Was ist mit dem Anrufer, der angeblich eine Stunde vorher die Polizei vor dem Anschlag gewarnt hat? Eine Reihe von Ungeheimheiten.

Gegen individuellen Terrorismus

Marxisten haben eine lange Tradition der Ablehnung des individuellen Terrorismus. Die „Theorie“, daß man mit einzelnen Terrorakten der Revolution „nachhelfen“ könnte, weil dann der Staat „sein wahres Gesicht“ zeigt, ging und geht nicht auf. Im Gegenteil - nach den Polizistenmorden gab es im Rhein-Main-Gebiet zahlreiche Hausdurchsuchungen und Telefon-Abhör-Aktionen, wobei die staatlichen Organe dies so darstellen konnten, als liege es im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

Vor 10 Jahren schockierte die Ermordung des Arbeitgeber-Präsidenten Schleyer die Bevölkerung, obwohl damals noch viele Arbeiter schützelnd sagten, daß er sowieso „keiner von uns“ gewesen sei. Die Konsequenzen dieses Mordes waren verschärfte Gesetze wie z.B. das Kontaktsperre-Gesetz. Solche Gesetze können bei verschärften Klassenkämpfen später einmal gegen Aktivisten der Arbeiterbewegung angewendet werden. Schüsse auf einfache Polizisten, von denen viele selbst aus Arbeiterfamilien kommen, sind in ihrer Wirkung noch reaktionärer. Sie wurden in der bürgerlichen Öffentlichkeit hervorragend ausgeschlachtet, um den bürgerlichen Staat als „neutrales Gemeinwesen“ darzustellen und eine Verschärfung des Demonstrationsrechts durch zuspätschießen. Angesichts dieser Kampagne ist es besonders bemerkenswert, daß viele Polizisten und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sich nicht davon beeindruckt ließen und eine Verschärfung des Vernehmungs-Verbots nach wie vor ablehnen.

Staatliche Verantwortung

Für die CDU kamen die Schüsse genau richtig, um von Barschel-Affäre, Börsenkrach und Sozialabbau abzulenken. Gleichzeitig kann auch elegant darüber hinweggegangen werden, daß Neonazis mehr Todeskopfer auf dem Gewissen haben als die RAF, oder wie viele unschuldige Zivilisten in den letzten Jahren von Polizeibeamten „zufällig“ und unbeabsichtigt getötet wurden. Wenn Jugendliche und Arbeitslose Selbstmord begehen, weil sie in dieser Gesellschaft keine Hoffnung mehr finden, ist dies in dieser Arbeits- und Lebensbedingungen, Umweltvergiftung, Angst und Streß das Leben vieler Arbeiter stark verkürzen.

In der kapitalistischen Gesellschaft üben die Herrschenden - mal offen, mal versteckter - Gewalt aus, um ihren Besitz und ihre Privilegien zu verteidigen. Marxisten sind keine unbedingten Anhänger der „Gewaltfreiheit“ in dem Sinne, daß sie selbstverständlich auch „die andere Backe hinhalten“. Aber nicht technisch und logistisch ausgeklügelte Überfälle, Attentate und do-it-yourself-Bomben, sondern nur die mit einem sozialistischen Programm bewaffnete Arbeiterbewegung kann die Gesellschaft verändern.

Wenn aus linksliberalen Willi-Brandt-Fans wie Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin und aus friedlichen Startbahn-Gegnern individuelle Terroristen werden, dann ist dies auch eine Folge der rechten Politik der SPD-Führung von Schmidt bis Börrer.

Es ist die Verlogenheit und der Bankrott einer niedergehenden kapitalistischen Gesellschaft, die Einzelne in solche Verzweiflungstendenzen treibt. Für uns sollte diese bittere Erfahrung umso mehr ein Ansporn sein, um ein sozialistisches Programm in der organisierten Arbeiterbewegung fest zu verankern und einen Staat zu schaffen, in dem die arbeitende Bevölkerung das Sagen hat.

Kampffonds

VORAN -

eine sicherere Geldanlage

Der internationale Börsenkrach hat den „Yuppies“ dieser Welt das Furchten und Schlochzen gelehrt. In England verspielen eine halbe Million Pfund (1,5 Mio. DM) des Familienvermögens. Aus Frankfurt gab es Bilder von weinenden Maktlern zu sehen.

Solche Szenen können uns aber kalt lassen. Sozialisten haben kein Vertrauen in das kapitalistische Finanzsystem, sondern legen ihr Geld in die einzig vernünftige Zukunftsinvestition an: im Aufbau der marxistischen Zeitung der deutschen Arbeiterbewegung, VORAN. Zwei hervorragende Beispiele für das Vertrauen unserer Leser in eine sozialistische Zukunft wollen wir hier bekanntgeben:

Bei einem Seminar in Stuttgart im November wurden 3035 DM gesammelt. Dabei überrafte die Seminarteilnehmer ihr selbst gestecktes Ziel, der Redaktion mit einer Spende von 2000 DM den Kauf einer Reprokamera zu ermöglichen. Damit gehen die verbleibenden 1035 DM direkt

in unseren Fonds für eine eigene Druckmaschine (s. VORAN Nr. 95). Ein großartiger Erfolg!

Ebenfalls ein gutes Ergebnis brachte ein Seminar in Wiesbaden im Oktober, allerdings mit weit weniger Teilnehmern. Dort wurden 850 DM gespendet.

Aber auch kleinere Einzelspenden beweisen die Opferbereitschaft unserer Leser, z.B. 20,- DM von Giti Faraj, Azubi aus Köln; 9,- von Frau Gerhards, Krankenschwester, Köln; Karl Holzmann, Rentner und SPD-Mitglied aus Stuttgart 5,- DM; Otto Wanner, Arbeiter aus Stuttgart 40,- DM. Vielen Dank auch an Sue Powell, Angestellte aus Hamburg, die 150 - in Erinnerung an Hans Bröcker spendete. Schließlich sammelten Wiesbadener Jusos 43,12 DM für den Aufbau unserer Druckerei!

Unser Kampffonds-Barometer steht nunmehr bei 30.439,86 DM. Wir haben nur noch vier Wochen Zeit, um unser Ziel zu erreichen. Jetzt kommt es auf die Weihnachtsspenden an:



Juso-Aktion in Wiesbaden Erfolgreich gegen Nazis!

Zur Einleitung der Juso-Herbst-Aktion organisierte unsere Juso-AG einen Infotisch in der Fußgängerzone. Hierbei kam es zu einer Konfrontation mit Neonazis der FAP. Diese hatten die Unverschämtheit, einige Meter von uns entfernt, ebenfalls einen Stand aufzubauen, ausgeschmückt mit Transparenten und Flugblättern, auf denen offen zur Herze gegen Ausländer aufgerufen und die Freilassung Michael Kühnens gefordert wurde.

Auf die Frage eines Genossen an zwei patrouillierende Polizeibeamte, ob die FAP-Anhänger eine Standgenehmigung hätten, antworteten diese, eine Genehmigung hierfür würde erteilt, ohne das allerdings zu überprüfen.

Daraufhin organisierten wir mit Passanten einen Sprechchor gegen die Nazis, mit dem wir viele Fußgänger erst auf die Nazis aufmerksam machten. Sofort wurde der FAP-Stand von einer Menschenmenge umringt und die Anhänger dieser fragwürdigen Organisation in heftige Diskussionen verwickelt.

Nach einer kurzen Weile formierten wir uns von neuem zu einem Sprechchor, an dem diesmal noch wesentlich mehr Passanten teilnahmen. Der Druck auf die FAP'er wurde so groß, daß diese unter dem Beifall der anwe-

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und ...

senden Menschenmenge den Platz räumen und abziehen mußte; wohlgemerkt ohne Infomaterial, das hatten wir bereits beschlagnahmt und dorthin geschafft, wo es hingehört: auf den Müll!

Daraufhin ließen wir Telefonisten umgehen. Sollten die Neonazis es noch einmal wagen, in dieser Form an die Öffentlichkeit zu treten, wird eine Telefonkette gestartet.

Dieses Erlebnis hat uns gezeigt, daß der Großteil der Bevölkerung gegen den Faschismus eingestellt ist und sogar viele bereit sind, sich gegen dieses bössartige Geschwür zu engagieren. Wehrt Euch gegen Nazis! Kämpft mit für ein Verbot der FAP und aller anderen faschistischen Vereinigungen. Was auf keinen Fall unerwähnt bleiben sollte, ist, daß auch Ausländer und vor allem Dingen Türken sich durch unsere Aktion ermutigt sahen, aktiv den Neonazis entgegenzutreten.

Luciano, Wiesbaden
Juso-AG-Albstadt

„Stalin lebt und wird leben“

Zur Artikel-Serie in VORAN zur Oktoberrevolution:
Liebe Redaktion, liebe Genossen, als ich Eure Serie las, dachte ich zunächst so bei mir: Verdammst gut,

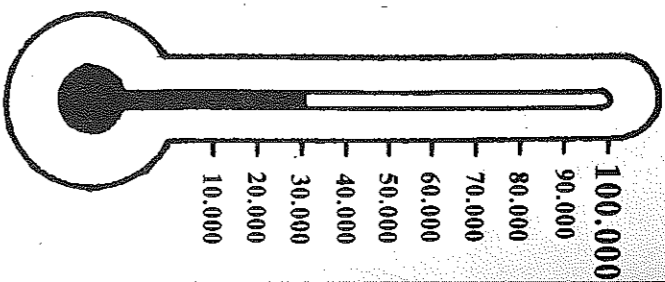
Juso-Bundestag kampagnenfähig

Der Juso-Bundestag hat die für den 5. Dezember in Nürnberg geplante großangelegte Jugendveranstaltung abgeblasen. Vom Bundesvorstand herausgegeben Hochglanzroschüren und dicke Texte zur „jungendpolitischen Orientierung“ können nicht über seine Kampagne-Unfähigkeit hinwegtäuschen.

Man muß sich klar machen, was es bedeutet, drei Wochen vor dem Termin eine solche Veranstaltung ohne Angabe von Gründen abzublenden, eine Veranstaltung, auf die eine Reihe von Untertagedruckungen schon zwei- oder drei Monate vorher mobilisiert wurden. Ein Großteil der Arbeit wurde damit ganz einfach zerstört. Ein Schlag ins Gesicht der eigenen Basis.

Dennoch sollte dies nicht dazu führen, daß zukünftige Kampag-

Spendenkonto:
VORAN Post giroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430



möglichst viele und möglichst hohe Spenden. Dann können wir im neuen Jahr unsere eigene Druckmaschine in Betrieb nehmen.

Fitz Garvie
Redaktion Köln

endlich liest man etwas progressiver über die Oktoberrevolution. Als ich aber dann auf die Abschminstiege, die sich mit Josef Wissarionowitsch Dschugaschwilli (J. W. Stalin) befaßten, wurde es mir spießig, (s. eine einer giftigen „Suppe“, die dort gekocht worden ist).

J. Stalin wird in Eurer Serie zu Ungunsten stilisiert, so ganz genau wie dies zur Zeit die bürgerlichen Medien tun (AVZ und AN hier in Aachen).

Ihr habt nach meinem Dafürhalten etwas nachgeplappert, was unverständlich ist. Scheinbar kennt Ihr den Leidensweg des Genossen Stalin nicht, der in der vorrevolutionären Phase unter dem Pseudonym Kobakatschrieb. Scheinbar wißt ihr nicht, daß Stalin als junger Revolutionär in zarsistischer Haft und Verbannung in Siberien zur Schwerstarbeit verurteilt war.

Er hat sich nicht gebeugt! Er hat Revolution nicht verraten! ER WAEBEN STAHLHART!

Stalin war derjenige, ohne den junge Sowjetmacht den Krieg gegen die faschistische Bestie nie gewonnen hätte. Und es kann noch zwanzig Mal sein XX. Parteitag gegeben und können noch zwanzig Mal Kontrevolutionäre behaupten, Stalin sei Ungenauer gewesen, das Trotzki dem Eispickel erschlagen habe lass das mit Hitler einen unnötigen Vergleich eingangener wäre; Stalin lebt und wird leben!

Die junge Arbeiterklasse und internationale revolutionäre Bewegung weiß es besser. Sie hat sich 1 den Stalin-Werken betafßt. Die Stalin-Bände umfassen mehrere tausend Seiten Lesestoff, die man kennen muß um zu wissen, wie Stalin die brennenden Fragen des Leninismus beantwortet hat.

Ché (ja Ernesto meine ich) schreibt in seinem Bericht über die kubanische Revolution, daß seine Fraktion - nämlich die um Fidel - die konsequenteste und kämpferischste war (und nicht nur in der Sierra Maestra), wie sie sich stalinistisch nannte. Unbeugsam und konsequent sei Revolutionär.

Um es mit den Worten Dantons (französisch-/bürgerliche Revolution 1789) zu sagen: „KÜHNHEIT KÜHNHEIT und ABERMÄ KÜHNHEIT!“, auch in der Wahrheit um Stalin. (...)

Manfred Engelhardt, Aachen
(Anm.: Die Redaktion hat ein längeres Statement des Briefes aus Platzgründen weggelassen)

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften
Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Bankverbindung: P.GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430
Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Drogen

Therapie statt Kast!

158 Menschen starben im ersten Halbjahr 1987 an den Folgen des illegalen Rauschgiftmißbrauchs, 45 mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Erstkonsumenten von Kokain stieg um 7,9%. Bei Amphetaminen (Aufputschmittel) waren es sogar 68,5% mehr. Der Drogenkonsum in der Bundesrepublik steigt weiter.

Immer noch sind Medikamenten- und Alkoholmißbrauch am meisten verbreitet und richten den größten Schaden an. Ihr Konsum ist fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Herstellerrinnen wie Großbrauereien und besonders die Chemiegiganten Bayer, BASF und Hoechst gehören zu den wichtigsten Unternehmen der BRD. Sie haben verständlicherweise großes Interesse, ihre Produktion abzusetzen, was man ja an ihren riesigen Werbebudgets sehen kann. Und der Staat hat auch kein allzgroßes Interesse, etwas dagegen zu unternehmen, er verdient über die Steuern auf Alkohol und Zigaretten ja ganz schön mit.

Harte Drogen

Am meisten geredet wird über die illegalen, besonders über die harten Drogen. Doch was wird gegen ihren Mißbrauch unternommen?

Die Drogenberatung bzw. -hilfe muß um jeden Pfennig feilschen und bleibt nicht selten im bürokratischen Deschungel hängen. Nicht nur, daß die Erfolgsquote von Entzugstherapien relativ gering ist - 40% werden rückfällig. Viele steigen vor Beendigung der Therapie aus - es herrscht ein katastrophaler Mangel an Plätzen. Den etwa 50.000 Heroinabhängigen stehen heute nur rund 3000 Langzeit-Therapieplätze gegenüber.

Anschennend hat der Staat nicht die Mittel, um wirksam gegen den Drogenmißbrauch vorzugehen. Es bleibt die Frage, ob er es überhaupt will. Wir haben schon oft erlebt, wie durch eine Hexenlagel auf soziale Randgruppen von viel größeren gesellschaftlichen Problemen abgelenkt wurde.

AIDS

Mit dem Hinweis, daß sie sowieso nur Schwule und Fixer umbringen würde, wurde jahrelang die Immunschwäche-Krankheit AIDS verharmloslos. Tatsächlich sind etwa zwei Drittel der untersuchten Heroinabhängigen AIDS-infiziert, die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Aber der AIDS-Virus hat längst alle Schichten der Gesellschaft erreicht. Hauptinfektionsursache ist die Prostitution, und eben diese ist für Drogenabhängige oft der einzige Weg, die Sucht zu finanzieren. Zur Preisverbesserung wird auf ein Kondom häufig verzichtet.

Als ein Weg, Prostitution und Beschäftigungskriminalität zu verhindern, gewinnt die Methadon-Behandlung

§ 218

Jedes Kind ein Wunschkind!

Viele sind für Quotierung, Frauen nach vorn! Selbstbestimmung für Frauen wird neuerdings größer geschrieben. Doch bei dem Problem Schwangerschaft ja/nein, Kind ja/nein sind Frauen massivem Druck von selten dieser Gesellschaft ausgesetzt.

Wenn eine Frau sich dazu entschließt, ihr Kind nicht zu bekommen, so hat sie das sicher viele Tränen und Überlegungen gekostet. Denn ein Kind zu haben ist auch heute noch der größte Wunsch vieler Frauen, trotz Karriere. Sollte sie aber zu dem Entschluß gekommen sein, sie kann ihrem Kind kein menschenwürdiges Leben bieten, dann ist es ganz allein ihre Entscheidung, die alle respektieren sollten.

Aber nein, sie muß Spielrentalaffen und ständig begründen, warum nicht. Und wenn sie Pech hat, zwingt man sie, dieses Kind zu bekommen.

Kinder und Beruf

Doch, dieses alles wäre vollkommen unnötig, wenn jedes ungeborene Kind ein Wunschkind unserer Gesellschaft wäre.



Die Zahl der Jugendlichen steigt, die in Drogen flüchten, weil sie keine Zukunftsperspektiven sehen.

immer mehr an Unterstützung. Methadon ist ein künstliches Opiat, das in seinem chemischen Aufbau Heroin stark ähnelt. Weil es unter ärztlicher Aufsicht geschluckt wird, ist die Intoxikationsgefahr durch verdrehte Spritzen ausgeschlossen.

Der illegale Drogenmarkt kann so eingedämmt werden, und der Stüchtige hat die Möglichkeit, sich wieder in die Gesellschaft einzufügen. Allerdings hat die Methadon-Behandlung auch ihre Schattenseiten. Methadon ist wie Heroin ein starkes Gift und hat erhebliche Nebenwirkungen. Es macht auch abhängig und bei gleichzeitigem Mißbrauch von anderen Drogen sind Todesfälle nachgewiesen. Deshalb wurde bisher in der BRD auch streng gegen Methadon-Anwendung vorgegangen. Nach dem teilweisen Erfolg dieser Therapie in der Schweiz und in den Niederlanden wird jetzt auch in Nordrhein-Westfalen ein Methadonversuch gestartet. Allerdings geschieht das unter derart strengen Auflagen, daß von vornherein nur 10% der Süchtigen erreicht werden.

Trotz allem kann die Methadonbehandlung nur ein zweiter Weg sein. Aufgabe ist es, den Drogenabhängigen abzuschaffen und nicht dabei

stehen zu bleiben, seine Folgen abzumildern.

Gründe

Und hierzu ist es erforderlich, die Gründe für den übermäßigen Gebrauch von Rauschdrogen zu beseti-

gen. Da ist der große Druck, der schon von Schulbeginn an auf Kindern und Jugendlichen lastet. Die Inhalte in Schule und Ausbildung sind oft unbefriedigend, und dann finden sich viele vor die Frage gestellt: Wozu hab' ich diesen ganzen Streß auf mich genom-

men, wenn ich nachher doch nicht gebraucht werde, das heißt keine Arbeit bekomme?

Durch die Belastungen auf der Arbeit und, schlimmer noch, die psychischen Belastungen und die finanzielle Not bei Arbeitslosigkeit entsteht auch in vielen Familien große Spannungen, die dann nicht selten auf den Rücken der Jugendlichen ausgetragen werden. Sich dem zu entziehen und von Zuhause ausziehen, dazu fehlt meist das Geld. Hinzu kommt noch die Angst vor einer ungewissen Zukunft vor Umwelterstörung, Kriegsgefahr

Ausweg

Um dem Drogenkonsum Herr zu werden, muß der Jugend ein Ausweg aus diesem Dilemma aufgezeigt werden. Schule und Ausbildung müssen sich nach den Interessen der Schüler und Auszubildenden richten, nicht nach denen des Kapitals. Wir brauchen Chancengleichheit und einen garantierten Arbeitsplatz mit einem Mindestlohn von 1500 DM netto. Aber das reicht nicht aus. Wir wollen unsere Freizeit sinnvoll verbringen können, und zwar durch kostenlose Angebote. Der Schleier des Verwerflichen muß endlich vom Thema Drogen genommen werden, Aufklärung sta Verurteilung, Drogenabhängige dürfen nicht länger wie Aussätzige behandelt werden.

Statt Kast brauchen wir eine massiven Ausbau von Suchthilfe und Therapie.

Jeder kann sich nur in dem Rahmen entwickeln, den die Gesellschaft steckt. Wenn diese Gesellschaft abnimmt mehr Mitglieder zu Suchtkranken und Drogenabhängigen machen wäre es für uns vielleicht angebracht eine neue Gesellschaftsform zu entwickeln.

Kai Rauff, Stuttgart
Jungsozialist

Weltweite Probleme

Übel an der Wurzel packen

„Was nützt uns Sozialismus, wenn wir durch Umweltergiffung oder Krieg untergehen drohen?“ Dieser oder ähnliche Sätze klingen zunächst recht plausibel. Deshalb ist es bei vielen Linken, der DKP, Teilen der Jusos und auch bei der SPD-Spitze heute zur Regel geworden, von den „Gattungsfragen“ und „globalen Problemen“ zu reden, die die „drängendsten Fragen“ seien. Dazu gehören: Kriegsgefahr, ökologische Krise, Hunger und Verschuldung in der „3. Welt“.

Diese Probleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, haben von ihren Auswirkungen her tatsächlich eine neue Qualität, eben weil sie „global“ sind. Kriegsgefahr und Umwelterstörung kennen keine nationalen und kontinentalen Grenzen.

Aber die Frage ist doch, wer diese Probleme verursacht. Die Arbeiter verdienen keinen Pfennig an der Auf- rüstung und Vergiftung der Umwelt. Die Rheinverschmutzung durch die Chemiedustrie oder der durch die Müllis und ihrer Müllverbrennungsanlagen in der „3. Welt“ verursachte Raubbau am Holzbestand zeigen, daß es einzig die Profitsucht des Kapitals ist, die die „globalen Probleme“ verursacht.

Bei der Kriegsfrage ist es nicht anders: Die zwei Weltkriege wurden von den Imperialisten geführt, um die Welt nach ihren Bedürfnissen neu aufzuteilen. An begrenzten Kriegen wie heute z.B. der zwischen Iran und Irak, der schon über eine Million Menschenleben kostete, haben einzelne imperialistische Länder unmittelbares Interesse und verlängern ihn gezielt. Kapitalismus heißt Krieg. Dieser Satz stimmt immer noch. Die wahrhaftige weltweite Aufrüstung geht vor allem von den USA aus. Die riesigen Aufrüstungsprogramme dienen vor allem den Profitinteressen des militärisch-industriellen Komplexes und der künstlichen Aufrechterhaltung des jüngsten Mini-Ausgleichs. Welche „globale Probleme“ man auch genauer analysiert: Immer sieht man als Ursache die Interessen des Kapitals.

Falsche Analyse - falsche Strategie

Der Kampf zur Lösung der „globalen Probleme“ und der Kampf gegen

sieht, wird auch eine falsche Politik vorschlagen. So wird zum Beispiel von einigen Leuten unterstellt, daß wichtige Teile des Kapitals, ja selbst des Monopolkapitals, Interesse an der Lösung der „Gattungsfragen“ hätten und daß die Arbeiterbewegung deshalb ein Bündnis mit solchen Teilen der Bourgeoisie zu schließen habe.

Diese Unterteilung in „gute“ Kapitalisten (z.B. solche, die Osthandel betreiben) und „böse“ Kapitalisten (z.B. die Rüstungsindustrie) ist zutiefst idealistisch. Denn ein Kapitalist schert sich einen Dreck darum, was und für wen er produziert, er will verdienen. Und in der Regel wäre ein Kapitalist für Krieg, wenn dies eine sichere und dauerhafte Anlage wäre.

Zweitens stecken in den meisten Fällen die Kapitalisten, die Osthandel betreiben, auch Kapital in die hiesige Rüstungsindustrie hinein. Für Franz-Josef Strauß ist es kein Widerspruch, Milliardensummen in die DDR-Bürokratie zu vermitteln und gleichzeitig der Rüstungsindustrie fette Aufträge zuzuschicken.

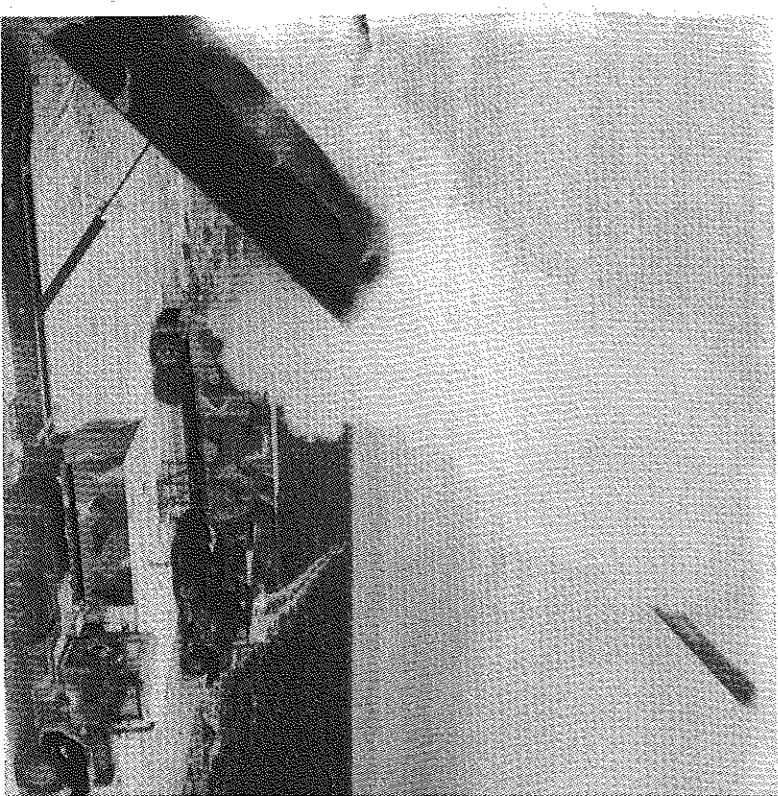
Ostblock

Im Ostblock werden die „globalen Probleme“ auch nicht angepackt. Er gibt dort mindestens genauso viel Umwelterstörung (siehe Tschernobyl) wie im kapitalistischen Westeuropa. Die weltweiten Probleme nehmen zwar obwohl 1/3 der Erde nicht-kapitalistisch ist.

Im Ostblock ist der Hauptgrund für die Zunahme dieser Probleme die Existenz einer Bürokratie, der nur ihr Privilegien wichtig sind und die somit unfähig ist, die erwiesenen Vorteile der Planwirtschaft zu nutzen, die die Probleme wenigstens in ihrem Rahmen anzupacken.

Die „globalen Probleme“ sind abzulezlichen nur zu lösen über die Abschaffung des Kapitalismus hier und über die Errichtung einer weltweit organisierten Planwirtschaft unter der Kontrolle der sozialistischen Kontrolle.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist



Börsenkrach und die Folgen

Kein Zurück in die 30er

Der dramatische Kursverfall an den Börsen der Welt zeigt nicht nur den Anfang vom Ende des Konjunkturaufschwungs an, der 1982 begann. Er markiert auch einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte des Kapitalismus. Wahrscheinlich werden wir im Laufe des Jahres 1988 den Beginn der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit erleben. Dies wird weltweit scharfe Angriffe der Kapitalisten auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse zur Folge haben.

Die erste internationale gleichzeitig eingetretene Nachkriegs-Rezession in den Jahren 1974/75 war begleitet von revolutionären Erschütterungen in einer Reihe von entwickelten kapitalistischen Ländern (Spanien, Griechenland, Portugal), vom Sturz des Kapitalismus in einigen „Dritte-Welt“-Ländern (Angola, Äthiopien, Mosambique) sowie von einer Polarisierung und dem Auf-

Der Kapitalismus funktioniert auf der Grundlage der Aneignung unbezahlter Arbeit. Wenn der Arbeiter den vollen Gegenwert seiner Arbeit erhielt, könnte es keinen Profit geben. Der Kapitalist kaut „auf dem Arbeitsmarkt“ nicht die Arbeit ein, sondern die Arbeitskraft, also die Fähigkeit des Arbeiters, Waren herzustellen. Das besondere an der „Ware Arbeitskraft“ ist, daß sie mehr Waren herstellen kann, als sie selbst zu ihrem Erhalt verbraucht.

Der Lohn ist daher nicht die Bezahlung für die Überlassung der Arbeitskraft. Die lebendige Arbeit ist die Quelle der Vermehrung gesellschaftlichen Reichtums. Aus den Werten, die im Produktionsprozeß durch die Zusammenführung von lebendiger Arbeit mit Produktionsmitteln, Rohstoffen usw. neu geschaffen werden, speisen sich Lohn und Profit, wobei der Profit aus der unbezahlten Arbeit besteht.

Alle weiteren realen Einkommensquellen leiten sich daraus ab. Die Bankprofite, Zinsen genannt, sind der Teil des Mehrwerts, den die Industriekapitalisten den Bankkapitalisten für die Bezahlung von Krediten abtreten müssen. Sofern dem Industriekapitalisten der Grund und Boden, auf dem seine Anlagen stehen, nicht selbst gehört, erhält der Grundbesitzer ebenfalls einen Teil aus dem Mehrwert – die Bodenrente (dem Grund und Boden produzierten keine Werte). Die unbezahlte Arbeit unterhält also die ganze Klasse von Grundbesitzern, Industrie- und Finanzkapitalisten.

Wertschöpfung

Die gesamte nicht-produktive wirtschaftliche Tätigkeit wie Management, Verwaltung, Werbung, Transport, Versicherung, Lagerung, Handelsgewinne, muß aus der ursprünglichen Wertschöpfung bestritten werden. Denn werden durch Transport noch durch Werbung, Versicherung, Lagerung usw. werden den Waren weitere Werte hinzugefügt. Auch die staatlichen Steuerentnahmen kommen direkt oder indirekt aus den in der Produktion erarbeiteten Werten.

Der Umfang der Wertschöpfung hängt natürlich von der Produktivität der Arbeit ab. Zu Beginn des Kapitalismus konnte daher nur ein relativ kleiner nicht-produktiver Sektor unterhalten werden. Die seitdem enorm angestiegene Aufblähung des Staatsapparats, der Militärausgaben, des Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichs zeigen an, welche ungeheuren Fortschritte die Produktivität der Arbeit gemacht hat.

Auch wenn diese Bereiche inzwischen den größeren Teil der Sozialprodukt-Rechnung ausmachen und die Anzahl der im direkt produktiven Sektor tätigen Arbeiter abgenommen hat, darf nicht vergessen werden: Die Vermehrung des gesamten realen Reichtums einer kapitalistischen Gesellschaft wird letztlich nur im produktiven Sektor erwirtschaftet.

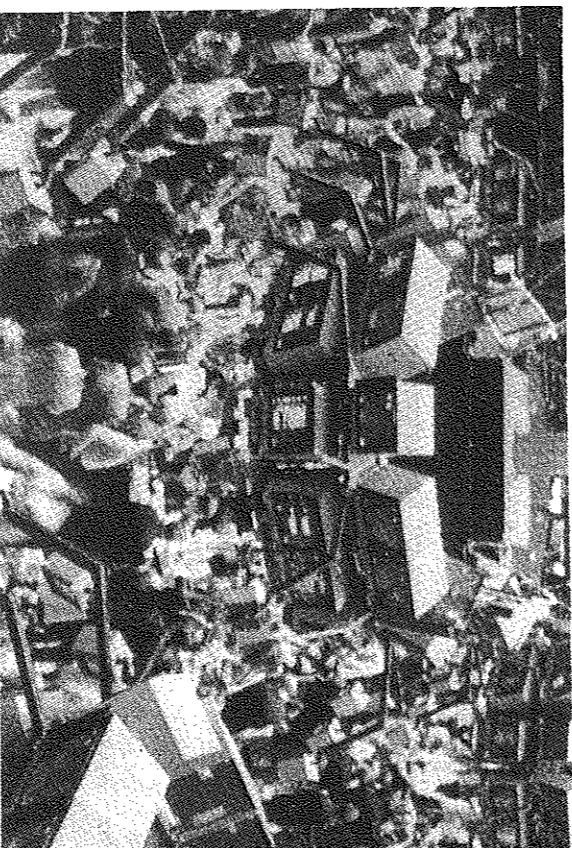
Realer Reichtum

Die Betonung liegt dabei allerdings auf **realem** Reichtum. Bisher haben wir unterstellt, daß die zirkulierende Geldmenge nur ein anderer Ausdruck für die umlaufende Warenmenge ist. Denn nur dann ist Geld tatsächlich Ausdruck für realen Reichtum. Aber wie jedermann an der Teils schlechenden, teils galoppierenden Geldentwertung sowie der

schuldung feststellen kann, ist dies in der modernen kapitalistischen Wirtschaft nicht der Fall. Bevor wir jedoch die Welt des Bank- und Finanzkapitals, der Währungs-Spekulanten und Börsenhäuser näher betrachten, müssen wir zunächst auf die Ursachen der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus näher eingehen. Denn die Schwankungen im monetären (geldlichen) Bereich widerspiegeln nur die Widersprüche im kapitalistischen Produktionsprozeß selbst.

Profitmaximierung

Im Kapitalismus wird nicht in erster Linie produziert, um Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern um möglichst hohe Profite zu erzielen. Dabei ist nicht nur entscheidend, ob die Profitmasse absolut vergrößert wird, sondern ob aus Sicht der Kapitalisten die Profitrate hoch genug ist, d.h. das



Böse in New York: Die Kuponstecher und Spekulanten fürchten um ihr Geld. Verhältnis von eingesetztem zu neu gewonnenem Kapital, also der Grad der Kapitalverwertung. Kapital fließt dort hin, wo seine Anlage möglichst gewinnbringend ist. Wenn dies die Banken mit hohen Zinssätzen sind, dann wird es dort angelegt. Wenn die Ausichten auf Profitraten in der Industrie hoch genug sind, wird investiert.

Die Profitraten in der Industrie steigen, je mehr Mehrwert, also unbezahlte Arbeit aus den Arbeitern herausgepreßt werden kann. Neben den ständigen Versuchen, die Arbeitszeit zu verlängern oder zumindest eine Verkürzung abzuwehren, ist vor allem die Erhöhung der Produktivität der Arbeit das Hauptmittel dafür: die Einführung neuer Techniken, Automatisierung, Rationalisierung.

Konkurrenz

Der einzelne Kapitalist kann sich dadurch einen Marktvorteil gegenüber seinen Konkurrenten verschaffen. Denn seine Waren sind billiger, wenn sie durch Produktivitätsfortschritte in kürzerer Zeit produziert werden können – sie verbrauchen weniger menschliche Arbeit. Das Problem ist nur: Die neuen Techniken sind teuer. Vom gesamten eingesetzten Kapital verschlingt das tote Kapital (Produktionsmittel) einen wachsenden Anteil im Verhältnis zur lebendigen Arbeit, die Quelle des Mehrwerts und damit des Profits ist. Dadurch verschlechtert sich das Verhältnis von eingesetztem Gesamtkapital zu erhaltenem Profit, die

kommen linker Flügel in den traditionellen Arbeiterorganisationen und -parteien. Die zweite Weltrezession zwischen 1979 und 1982 brachte in Ländern wie Frankreich, Griechenland und Spanien zum ersten Mal in ihrer Geschichte Arbeiterparteien mit absoluter Mehrheit an die Regierung. Die Entwicklung einer dritten, viel tieferen Weltrezession wird noch größere Bewegungen als die der 70er und frühen 80er Jahre hervorrufen. Sozialisten und Gewerkschafter müssen sich auf diese Entwicklungen einstellen und vorbereiten. Dazu gehört auch, die Funktionsweise des Kapitalismus und die Ursachen für seine Krisenhaftigkeit genau zu verstehen und zu studieren. Was sind die Ursachen für die immer wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus? Wie hängt das mit dem Börsenkrach zusammen? Welche Auswirkungen haben wir zu erwarten?

Kende Kräfte gibt, die den Fall jedoch nicht aufheben, sprach Karl Marx vom „tendenziellen Fall der Profitrate“.)

Fall der Profitrate

Solange der Kapitalist als erster die neue Technik eingeführt und damit einen Marktvorteil hat, kann er dies noch durch verstärkte Produktion und vermehrten Absatz ausgleichen. Doch sobald die Konkurrenz nachgezogen hat, produzieren alle auf dem teureren Niveau und mit geringerer Profitrate. Denn der Markt ist begrenzt und bietet nicht für alle vermehrte Absatzmöglichkeiten.

Die Arbeiterklasse kauft mit ihren Löhnen einen Teil der neu geschaffenen Wert in Form von Konsumgütern zurück. Der unbezahlte Teil der Arbeit, der den Profit ausmacht, wird im kapitalistischen Aufschwung zurückinve-

stiert (neben dem Teil, der für privaten Luxuskonsum des Kapitals draufgeht). So lange ist genügend Nachfrage nach Konsumgütern und Produktionsmitteln vorhanden. Aber die neuen Investitionen führen dazu, daß noch mehr Waren produziert werden können. Zu immer weiterer Steigerung der Produktivität zwingt nämlich die Konkurrenz. Die Absatzmöglichkeiten (d.h. die Kaufkraft) steigen nicht im gleichen Maße mit, denn die Arbeiterklasse hat nicht genügend Lohn, um die Waren zurückzukaufen.

Überproduktion

Es entsteht also eine Überproduktion, gemessen an der vorhandenen Kaufkraft (nicht an den vorhandenen Bedürfnissen). Die Anhebung der Löhne wäre aus Sicht des Kapitals auch keine Lösung. Denn wenn die Löhne steigen, sinken die Profite. Die Kapitalisten würden nicht mehr investieren.

Diese Überproduktionskrisen, verbunden mit dem tendenziellen Fall der Profitrate, werden durch das kapitalistische Konkurrenzsystem zwangsläufig hervorgerufen. Die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Produktion stehen hier an die Grenzen der privaten Aneignung des Mehrwerts. Es geht nur um die Verwertung des Privatkapitals, nicht um Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft. Oder, wie Marx es ausdrückt: „Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwertung der Produktivkräfte.“

während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß zum Ziel hat.

Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbsterwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint.

Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionskräfte – gerät in fortwährenden Konkurrenz mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. (Karl Marx, Das Kapital, Band 3, 3. Abschnitt, 15. Kapitel, II)

Aufgeblähter Geldumlauf

Diese dargestellten Abläufe finden ihren Widerhall im monetären Bereich. Allerdings auf verzerrte Weise, denn der Geldkreislauf hat im modernen Kapitalismus immer weniger mit der realen wirtschaftlichen Basis, der Warenproduktion zu tun.

Dies aufgrund mehrerer Faktoren: a) Die Ersetzung des Goldes, das ursprünglich zur Warenzirkulation diente und einen realen Wert darstellt, durch Papiergeld, schließlich zum großen Teil durch Buchgeld (Kontobewegungen). Dadurch entstand die Möglichkeit, wesentlich mehr Geld in Umlauf zu bringen als zur Zirkulation der Warenwerte notwendig ist. Heute gibt es nur noch Papiergeld, Währungen, die nicht mehr durch Goldvorräte gedeckt sein müssen.

b) Die immensen Krediterschöpfungsmöglichkeiten (z.B. das Kreditvolumen der Banken beträgt ein Vielfaches der tatsächlich vorhandenen Einlagen). Solange Kredite Vorstüsse auf zukünftige Produktion sind und – in kapitalistischen Aufschwungzeiten – durch spätere Einnahmen wieder zurückbezahlt werden, wirken sie nicht inflationär. Wenn sie aber darüber hinaus schließen oder in Krisenzeiten nicht durch realen Warenabsatz gedeckt sind, wirkt die durch Kredite aufgeblähte Geldmenge inflationär.

c) Das starke Ansteigen der Staatsverschuldung aller Länder. Die staatlichen Kreditaufnahmen, die nicht durch aktuelle oder zukünftige Steuerentnahmen wieder hereinkommen, sind enorm angewachsen und wirken ebenfalls inflationär. Am deutlichsten wird das in der „Dritten Welt“. Ihre auf westlichen Krediten aufgebaute Wirtschaft findet keinen Absatzmarkt mehr; die Schulden können nicht abgebaut werden. Preisstellige Inflationsraten sind in vielen Ländern die Regel.

d) Die Zunahme von sogenannten „fiktivem Kapital“, wie Marx es nannte, das nicht oder nur zum Teil auf Mehrwertproduktion basiert. Dazu gehören vor allem Immobilien, Aktien und Wertpapiere aller Art.

Unfähigkeit des Kapitalismus

Diese und andere Faktoren haben in der kapitalistischen Welt zu einer Abblähung der Geldvermögen geführt, die kaum noch Bezug zur realen Produktion haben. Die Wirtschaftsexperten schätzten Anfang 1987, daß der Warenwert des Welthandels täglich etwa 7 Mrd. Dollar ausmacht, während auf den internationalen Geldmärkten täglich ca. 150 Mrd. Dollar „gehandelt“ werden.

Die Ursachen liegen eben in den zunehmenden Unfähigkeit des Kapitalismus, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln, in der zunehmenden Unantelligkeit, insbesondere seit dem ersten, weltweit parallel eintretenden Rezession der Nachkriegszeit von 1979 und in dem tendenziellen Fall der Profitrate.

Wenn die Aussichten im Produktionsbereich keine rosige Zukunft sprechen, suchen sich die Kapitalisten immer andere Möglichkeiten. Eine sende Zahl von Industriekapitalisten ver wandelt sich so in Aktien oder Grundbesitzern, die nun Dividende oder Rente beziehen der Produktion nichts mehr zu tun.

Aber z.B. Wertpapiere sind kein reines Kapital, wie eine Fabrik, es zur Mehrwertproduktion eingesetzt kann. Sie sind „fiktives“ (nicht echtes) Kapital, weil ihr „Wert“ Kaufpreis, für den sie gehandelt werden) nur auf dem Papier steht. Aktienkurs muß kein Gegenwert sachlichen Produktionswerten überstehen.

Aktienwerte

Was bestimmt den Aktienwert eines Unternehmens z.B. ein Million DM reales Kapital besitzt (1000000 DM von Fabrikgebäuden, Maschinen, Stoffen usw.) und die Profitrate liegt, so würde er einen jährlichen Wert von 100.000 DM (10% davon) erhalten. Wenn er sich nun entschließt, an die Börse zu gehen und sein in eine Aktiengesellschaft zu teilen, so gibt er keineswegs etwadeln, im Wert von einer Million aus. Das ganze ist vielmehr ein Zins vom allgemeinen Zinsniveau. Wenn der durchschnittliche Zins z.B. bei 5% liegt, während seine Rate ja 10% beträgt, so gibt es seiner Sicht keinen Grund, den zugekauften Kapitalanlagen ein höheres kommen zu ermöglichen als sie bei Bankanlagen erhalten. Wenn jemand bei ihm 1000 DM investiert, soll er darum auch nur 50 DM Dividende zu erhalten, müssen pitälanlegern zwei Millionen I gebracht werden.

Der Unternehmer wird als Aktien im Wert von einer Million dem im Wert von zwei Millionen ben. Durch den Verkauf der Hunder Aktien erhält er seine ursprüngliche Million wieder; die andere Hälfte Aktien kann er selbst behalten mit noch die Hälfte des Profits

Kein Bezug zur Produktion

So kommt eine wundersame Vermehrung von Geldvermögen zu Stande, die natürlich noch umso größer ist, höher die Aktienkurse der neuem Aktien der Börse steigen. Aktienwert also keinen notwendigen Bezug zugrunde liegenden Produktivgen. Es geht auch bei Kauf und von Aktien nicht um die Besch



Industriearbeiter - sie alleine pro-

Finanz

von Kapital für neue Investitionen. Es geht nur um die Ansprüche auf möglichst hohe, regelmäßige Einkünfte aus Dividende, ohne selbst einen Fingerkrumm zu machen.

Entscheidend für Aktienkurse sind Dividende und Zinshöhe. Im oben angenommenen Beispiel war bei einem allgemeinen Zinssatz von 5% und einem Profit von 100.000 DM der Wert der ausgegebenen Aktien zwei Millionen DM. Wenn der allgemeine Zinssatz auf 10% stiege, würden die Aktienwerte auf eine Million DM fallen, selbst dann, wenn in der Firma derselbe Profit erwirtschaftet würde. Denn ein Kapitalanleger mit z.B. 10.000 DM könnte 1000 DM Zinsen bei Banken erhalten, aber nur 500 DM bei der Anlage in besagten Aktien, wenn der Kurs nicht fällt.

Internationale Verflechtung

In den letzten Jahren der Börsenbühnlige wurde fast ausschließlich fiktives Kapital vermehrt. Die Aktienwerte waren von den realen Produktionswerten völlig losgelöst. Dies war ein Symptom für das mangelnde „Vertrauen“ der Kapitalisten in die industrielle Produktion, d.h. die unzureichenden Profiten dort.

Das Besondere am Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 war, daß er sofort weltweit stattfand. Das mag natürlich an den modernen Kommunikationsmitteln liegen. Aber daß diese überhaupt bestehen, hat seinen Grund in der engen Verzahnung der einzelnen nationalen Wirtschaften.

Nachkriegsaufschwung

Der langanhaltende Wirtschaftsaufschwung nach dem 2. Weltkrieg hatte seine Grundlage in der gewaltigen Ausdehnung des Welthandels (er stieg im Durchschnitt zwischen 1950 und 1974 um 12,5% jährlich). Solange gute Wachstumsraten zu verzeichnen waren, versuchten einzelne kapitalistische Ländern, in den wichtigsten Fragen möglichst eng zusammenzuarbeiten. Es wurden Einrichtungen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds geschaffen, die über die nationalen Grenzen hinausgingen.

So entstand ein eng verflochtener Weltmarkt unter Führung der stärksten wirtschaftlichen Nation, der USA. Aber das kapitalistische System, das ja zwangsläufig zu Krisen führt, verschont auch die Vereinigten Staaten nicht. Sie erleben seit Beginn der 70er Jahre einen Niedergang, vergleichbar mit dem Großbritannien am Anfang des Jahrhunderts. Damals jedoch gab es noch die aufstrebenden USA, die die Vormachtstellung des britischen Empires, die die Vorreiterrolle übernehmen konnten. Nach den USA ist jetzt aber keine einzelne Volkswirtschaft stark genug, um die Führung in der Weltwirtschaft darzustellen. Die Probleme häufen sich. Auswege sind nicht in Sicht, der Kapitalismus steckt in einer Sackgasse.

Die Sättigung der internationalen Märkte hatte dazu geführt, daß die In-

vestitionen in die verarbeitende Industrie zurückgingen. Der Aufschwung der letzten Jahre hat nur zu einer beschleunigten Monopolisierung und zu Organen der Spekulation geführt. So haben sich z.B. in der Bundesrepublik die Netto-Kapitalinvestitionen im Vergleich zu Anfang der 70er Jahre fast halbiert.

„Reaganomics“

Eine längst fällige Rezession konnte nur durch den Fall der Rohstoffpreise und durch die hohe Verschuldung des US-Haushaltes aufgeschoben werden. Eine derartige Politik konnte nur von der größten Wirtschaftsmacht der Welt durchgeführt werden. Nach dem zweiten Weltkrieg setzten die USA den Dollar als Leitwährung durch. Dieser wurde auch dann noch als „sicherer Hafen“ für das internationale Kapital akzeptiert, als die US-Wirtschaftskraft sich schon merklich verschlechterte.

Durch hohe Zinssätze konnte die US-Regierung ihr enormes Haushalts- und Handelsdefizit finanzieren, indem sie Kapital aus der ganzen Welt anzog. Die Politik der „Reagonomics“ schaffte Illusionen in den tatsächlichen Zustand der US-Wirtschaft: Sie hätte es geschafft, Arbeitslosigkeit abzubauen und die Inflation am Griff zu halten. Doch die Auswirkungen des Börsenkrachs zeigten: Der Preis für diese Politik muß jetzt gezahlt werden.

Nachfrage-Schrumpfung

Zwar hat der Börsenkrach dazu geführt, daß fiktives Kapital abgebaut wurde. Doch sind in den USA 40% des Privatvermögens in Aktien und Obligationen angelegt. Die Folge: Viele Leute fühlen sich ärmer, und das sind sie auch tatsächlich. Ein 25%iger Fall der Kurse bedeutet 1000 Milliarden Dollar Verlust in den USA. Oft wurden sogar Kredite aufgenommen in der Hoffnung, durch Spekulation schnell große Gewinne machen zu können. Jetzt ist die Rückzahlung der Kredite fällig, doch das eingesetzte Kapital nicht mehr vorhanden - ganz zu schweigen von irgendwelchen Gewinnen.

Bedroht sind auch alle Institutionen, die über großen Aktienbesitz verfügen. Allgemein wird für 1988 ein Rückgang der Binnennachfrage um mindestens ein Prozent erwartet. Wegen der rückläufigen Nachfrage werden auch die Profiterwartungen der Unternehmer geringer. Das heißt, daß noch weniger Erweiterungsinvestitionen getätigt werden.

Man könnte versuchen, den Gefahren eher sich hieraus ergebenden Rezession durch folgende Maßnahmen zu begegnen:

1. Die Zentralbanken könnten die letzte Sicherung übernehmen und im Notfall einspringen, wenn die Gefahr besteht, daß große Institutionen Pleite gehen.
2. Investitionen könnten erleichtert werden, indem man die Zinsen senkt - durch billige Kredite wird die Kreditaufnahme erleichtert.
3. Durch eine entsprechende Steuerpolitik, die dafür sorgt, daß die Verbrauchler mehr Geld zum Ausgeben in der Tasche haben, könnte dem Konsumverzicht entgegengewirkt werden.

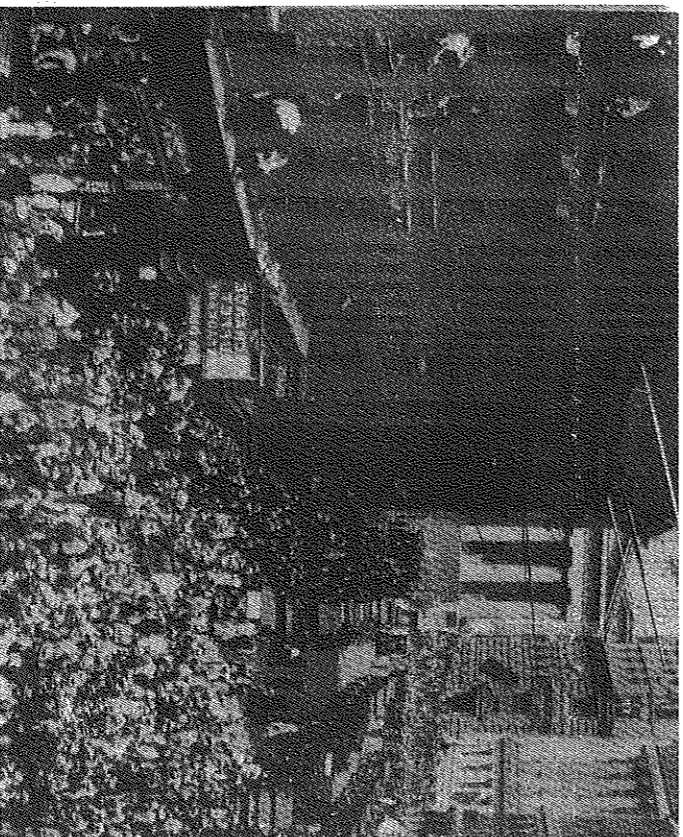
Sofern diese Maßnahmen mit höherer Staatsverschuldung verbunden, also klassisch keynesianistisch sind, bedeutet das eine Erhöhung der Geldmenge. Das würde die Inflationsrisiken drastisch steigern. Zwar ist das Haushaltsdefizit 1987 auf 148 Milliarden Dollar geschrumpft. Aber die Erwartungen für 1988 liegen wieder bei ca. 180 Milliarden Dollar - und das nur unter der Voraussetzung, daß ein weiteres Wirtschaftswachstum erfolgt. Eine kleinere Rezession würde es sofort auf über 200 Milliarden anschwellen lassen, eine schwere auf 250 bis 300 Milliarden Dollar.

US-Haushaltsdefizit

Nur ein Abbau dieses Defizits mit seinen inflationären Gefahren könnte das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft wiederherstellen.



Man hat sich in den USA erst, 'mal auf 23 Milliarden geeinigt. Die Frage ist nur: Wo? Darüber dauert der Streit noch an. Ein Teil des Haushaltes der USA besteht in Auslandszahlungen (so zum Beispiel die Hilfe für befreundete



Panik erfaßt die Menge am „Schwarzen Freitag“ 1929.

Staaten und Gruppierungen wie die Contras). Hier liegt natürlich eine Versuchung zu sparen, ohne vor den im nächsten Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen eine Wählergruppe zu verschrecken. So befürchtet Israel z.B., daß die für diesen Satellitenstaat geplante Unterstützung in Höhe von drei Milliarden Dollar gekürzt würde - das wäre eine Katastrophe bei den Problemen, die dieses Land jetzt schon hat.

Die Rolle als „Weltpolizist“, die die USA in der Nachkriegszeit spielen, um ein weiteres Vordringen des „Kommunismus“ zu verhindern (das heißt vor allem die Befreiungsbewegungen der ex-kolonialen Länder zu stoppen und in dem US-Kapital genehme Bahnen zu lenken) fordert auch weiterhin ihren Preis.

Kürzungen

Aber irgendwo muß versucht werden einzusparen. Und das geht in einem kapitalistischen Staat nicht auf Kosten der Unternehmer, deren Interesse er ja vertut. Hier werden wieder die Arbeiter zur Kasse gebeten. Führende Republikaner hatten 5 Mrd. Kürzungen im sozialen Bereich geplant, obwohl der Lebensstandard der Arbeiter in den letzten 10 Jahren schon um 15% gesunken ist. Weitere Kürzungen in diesem Bereich können zu großen Streiks, Demonstrationen und Unruhen führen.

zu Unruhen der großen Minderheiten im Lande führen - vor allem der Schwarzen und der Latinos. Und dieses Risiko scheint der US-Regierung doch zu groß zu sein - sie lehnte die Vorlage vorläufig ab.

Selbst wenn eine Einigung über Art und Höhe der Kürzungen zustande käme, wäre das jedoch ein Beispiel einer Medizin, die schlimmer ist als die Krankheit. Wenn die Regierungsausgaben sinken oder Steuern steigen, so fällt die Nachfrage. Mit ihr fällt die Produktion, was wiederum eine höhere Arbeitslosigkeit zur Folge hätte - die Rezession wäre da. Und das hieße für das Haushaltsdefizit: Es würde durch vermehrte Steuereinkünfte und steigende Sozialabgaben wieder ansteigen. Von den politischen Folgen ganz zu schweigen.

Dollar-Abwertung

Eine Chance, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, sehen die Verantwortlichen für das Desaster darin, daß sie versuchen, amerikanische Produkte auf den internationalen Märkten wieder konkurrenzfähiger zu machen. Deswegen haben sie ein großes Interesse am Fall des Dollar-Kurses. Das macht US-Waren im Ausland billiger, und man hofft, daß jetzt eine Nachfragessteigerung nach diesen Waren einsetzt, die

bein soll.

Seit 1985 hat der Dollar nun schon 50% seines Wertes eingebüßt, aber eine Verbesserung der Handelsbilanz hat das bisher nicht zur Folge gehabt.

Von der Bundesrepublik und von Japan wird erwartet, daß sie durch höhere Staatsverschuldung und Zinssenkung den entsprechenden Markt für amerikanische Produkte schaffen. Bisher war die Bundesregierung nicht bereit, die geforderten Maßnahmen zur Ankerberingung der Wirtschaft durchzuführen. Die Vertreter des deutschen Kapitals sahen nicht ein, daß sie die Kosten für die bisherige US-Wirtschaftspolitik bezahlen sollen.

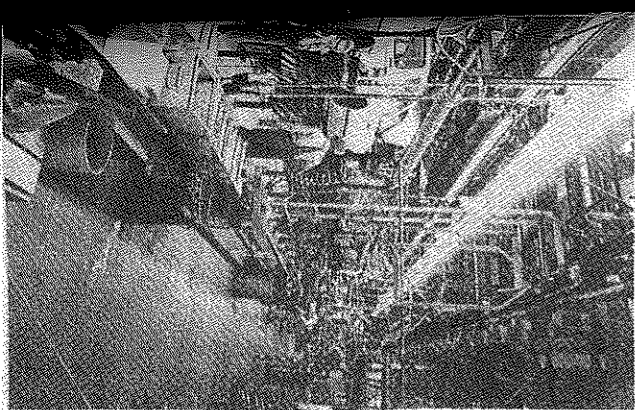
Aber eins ist klar: Da die Märkte schon seit langem gesättigt sind, geht ein höherer Export der US-Waren auf Kosten der Industrien der anderen Länder, vor allem der Bundesrepublik und Japan. Deren Absatzzwertigkeiten werden sich erhöhen, was natürlich nicht im Interesse der heimischen Industrie ist. In der japanischen Wirtschaft machen Exporte ca. 15% des Bruttozuzialproduktes aus, ca. ein Drittel davon gehen in die USA. Die Bundesrepublik exportiert 35% ihres Bruttozuzialproduktes. Schon jetzt werden hier die ersten Auswirkungen sichtbar: Die bundesdeutsche Exportwirtschaft rechnet mit starken Einbußen. Eines der ersten Opfer ist Porsche, die über 60% der Produktion in die USA verkaufen. Dort sank der Verkauf im Oktober schlagartig um 30%. Als Folge wird für Anfang 1988 im Werk Stuttgart-Zuffenhausen Kurzarbeit geplant.

Strudel der Rezession

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß eine Rezession in den USA 1988 einbrechen wird. Sie wird unweigerlich auf alle anderen Länder Auswirkungen haben. Unter diesen Umständen wird der Druck von Seiten der Industrie größer, die vom Staat Ausgabenprogramme fordert. In den letzten Wochen mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung nun doch eine gewisse Kehrtwende plant und bereit ist, eine höhere Staatsverschuldung (Verzicht auf Steuererhöhungen u.ä.) in Kauf zu nehmen. Selbst wenn sie es tut, so wird das höchstens kurzfristig ausgleichende Wirkung haben - um den Preis eines späteren um so tieferen Sturzes. Denn die Widersprüche des kapitalistischen Systems werden nicht beseitigt, sondern im Gegenteil verschärft.

Der Kapitalismus hat seine progressive Rolle ausgespielt, er ist nicht mehr in der Lage, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln. Die Zeit ist reif für eine weltweite Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle.

Angela Bankert und
Barbara Kirschbaum



Mini-Aufschwung geht zuende Italiens Arbeiterklasse wieder im Kampf

Seit Ende Juli hat Italien einen neuen Ministerpräsidenten, den Christdemokraten G. Goria, der den Sozialisten B. Craxi nach fast vierjähriger Amtszeit ablöse. Dies stellt auch schon die einzige nennenswerte Änderung in der italienischen Regierungsspitze dar. Die Neuaufgabe der Koalition, in der wie zuvor fünf Parteien - Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner und Liberalen - vertreten waren, bringt jetzt ohne die Liberalen nur geringfügige Veränderungen. Goria, zuvor Schatzminister im Kabinett Craxi, wurde noch im Sommer als Aufsteiger und Symbolfigur des angeblichen italienischen Wirtschaftswunders verkauft. Doch der Lack ist mittlerweile ab; wie seine Vorgänger steht er einer Krisenregierung vor.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob sich Italien nach den krisengeschüttelten 70er Jahren mit Beginn der 80er Jahre auf einem unauffälligen wirtschaftlichen Höhenflug befindet. Nach Rechnung des römischen Statistikamtes wird 1987 das Bruttosozialprodukt Italiens dasjenige Großbritanniens überholen, wonach Italien dann fünfgrößte Industriemacht nach USA, Japan, BRD und Frankreich wäre (Spiegel, 3.8.87). Die Inflation sank von 21,2% (1980) auf 4,1% (Juni 1987).

Parallel dazu lief eine immense Konzentration des Kapitals und eine ungelauere Profitsteigerung der größten Konzerne. 11 Wirtschaftsunternahmen kontrollieren 80% des Kapitalmarktes, darunter die drei Privatunternehmen Fiat, das unangefochten an erste Stelle steht, die Ferruzzi-Familie, nach Unilever und Nestle der Welt drittgrößter Verarbeiter von Ackerbauprodukten und seit letztem Jahr auch Hauptaktionär des größten italienischen Chemiekonzerns Montedison, und der Computerhersteller Olivetti.

Staatsgeschenke für das Kapital

Montedison und Alfa Romeo sind bereite Beispiele dafür, wie sich Privatunternehmen an Finanzspritzen aus öffentlicher Hand gesunder verdienen. Montedison wurde schon viermal verstaatlicht, saniert und reprivatisiert.

Alfa Romeo wartet schon seit vier Jahren auf Investitionen, um seine

Angebot von Ford die gleichen distren Aussichten beinhalten und sich grundsätzlich gegen eine Privatisierung auszusprechen. Aufgabe der PCI wäre gewesen, eine sofortige Sanierung und Neuorganisation von Alfa Romeo unter demokratischer Arbeiterkontrolle zu fordern.

Angriffe auf die Arbeiterklasse

Diese Geschenke an die Unternehmer führen zu einer hohen Staatsverschuldung, sie betragen insgesamt 107,6% des Bruttosozialproduktes (zum Vergleich: BRD 42,1%). Sparmaßnahmen der Regierung treffen natürlich hauptsächlich den sozialen- und Dienstleistungssektor: Halbierung der scala mobile (gleitende Lohnskala - Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesteigerten Lebenskosten), Anhebung des Rentalters, Einschränkung der Lohnforderungen, Sparmaßnahmen im Bildungs- und Gesundheitsbereich u.a.

Es ist klar, daß dies nur möglich war mit Hilfe des Einverständnisses oder der mangelnden Mobilisierung seitens der Gewerkschaftsführungen und auch der PCI-Spitze. Als z.B. im März '84 die Regierung Craxi die scala mobile um 8% kürzen wollte, löste sie eine Welle von Protesten aus, die, anfangs geleitet von Fabrikkräften, zur größten von der PCI organisierten Mobilisierung führte: 1,5 Millionen demonstrierten auf den Straßen Roms.

Die Forderung von tausenden Fabrikkräften und hunderttausenden Ar-



Die Streiks der italienischen Arbeiter finden oft gegen den Widerstand der eigenen Führung statt.

Produktionsanlagen zu modernisieren. Diese kamen jedoch erst nach der Übernahme durch Fiat: 130 Milliarden Lire, davon 80 Mrd. als Darlehen zu verlustigen Zins und 50 Mrd. auf Verlustkonto des Staates (1000,0-Lite entsprechen 1,40 DM). Und das, obwohl Fiat von 1980 bis 1986 seinen Profit um das 25fache steigern konnte. Allein 1986 erzielte Fiat einen Profit von 2550 Milliarden Lire.

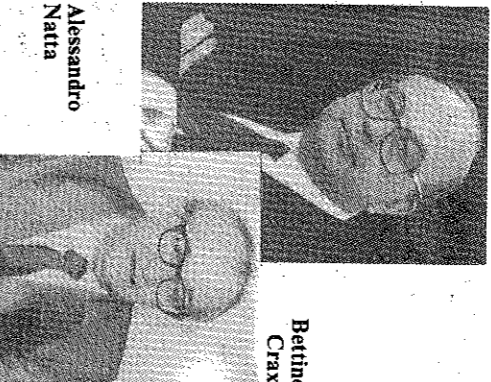
In der gleichen Zeitspanne 1980-86 baute Fiat ca. 70.000 Arbeitsplätze ab, was auch auf Alfa-Romeo zukommen wird, wo die Belegschaft durch Rationalisierungsmaßnahmen bis 1990 um 6000 reduziert werden soll. Daher wollten die Arbeiter bei Alfa Romeo lieber, daß das Unternehmen an Ford verkauft würde. Eine verständliche Forderung, die die Kommunistische Partei Italiens (PCI) leider unterstü-

beitem nach einem Generalstreik lehnte die PCI-Führung jedoch ab, so daß die Regierung zwar Konzessionen machen mußte, aber dennoch eine Kürzung um 4% durchsetzen konnte. Doch die relativ ruhigen Zeiten der letzten Jahre sind zu Ende gegangen. Die ganze Politik der Goria-Regierung wird zur Zeit von der Angst vor einem Generalstreik geprägt.

Soziale Lage

Die Arbeiterklasse will kämpfen, denn insgesamt hat sich in den letzten vier Jahren während der Craxi-Regierung die Situation für die Mehrheit der italienischen Bevölkerung verschlechtert. Die Arbeitslosigkeit ist von 9,2% (1982) auf 11,1% (1987) gestiegen. Im industrialisierten Norden sind 20% der Jugendlichen arbeitslos, im unterentwickelten Süden ein Drittel. Im St-

lem Mädchen, 50% sind ohne Arbeit (Isra, Zentrales Amt für Statistik). Überhaupt hat sich das Nord-Süd-Gefälle vertieft. Das durchschnittliche monatliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt im Norden 654.000 Lire (916 DM), im Süden hingegen nur 420.000 Lire (588 DM). Von den Arbeitgebern und der Regierung wird der Süden als lästiges Anhängsel betrachtet; Goria



Bettino Craxi

PC-Generalsekretär Natta und PSI-Vorsitzender Craxi sollten die Arbeiter im Kampf gegen die Unternehmer unterstützen, statt Koalitionen mit den Bürgertlichen einzugehen oder anzustreben.

als Schatzminister scheute sich nicht zu behaupten, der Süden vergede Reichtrüme, die im Norden besser verwertet werden könnten. Es wird auch alles getan, um den Süden noch mehr zu benachteiligen. Erreichten 1974 noch 30% der nationalen Investitionen den Süden, so sind es heute nur noch 22% (l'Unita, 4.3.87).

In Italien leben 16% der Familien mit nur 800.000 Lire (1120 DM) monatlich. 36,4% der Bevölkerung lebt offiziell in Armut: 9% lebt unter der Überlebensschwelle (Censis, Studienzentrum für soziale Investitionen).

Anfang des Jahres kam die 2. nationale Konferenz der PCI über das Bewesen zu dem Ergebnis, daß elf Millionen nicht in der Lage sind, Miete zu zahlen, d.h. mindestens 50% der Familien, die nicht Haus- oder Wohnungseigentümer sind, haben Schwierigkeiten, ihre Miete zu bezahlen.

Die Reallohne sanken zwischen 1980 und 1986 um 7,8%, allein von August 85 bis August 86 um 3% (Isra).

Wahlniederlage für die PCI

Betrachtet man diese Daten, die den sinkenden Lebensstandard und die verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen verdeutlichen, so erstranen zunächst die Verluste der PCI bei den jüngsten Wahlen. Die PCI mit 1,4 Millionen Mitgliedern größte Partei, trägt keine unmittelbare Verantwortung für dieses Desaster, da sie seit 1947 an keiner Regierung auf nationaler Ebene beteiligt war. Sie stellt die einzig echte Alternative zu der Fünf-Parteien-Koalition dar, d.h. sie könnte sie darstellen.

Die PCI-Führung hatte während des Wahlkampfes zwar die Politik der Regierung angegriffen, die sozialen Probleme erläutert und auch erklärt, welche Interessen der Arbeitgeber dahinterstecken. Aber sie hat keine Lösungsvorschläge gebracht, geschweige denn ein Alternativprogramm aufgestellt.

Stattdessen hat sie eine „Programm-Regierung“ vorgeschlagen, in der sie bereit war, mit vier von den fünf Parteien zusammenzugehen, ohne auch nur eine genaue Angabe zu machen, was sie unter diesem Programm verstanden wissen wollte. Die PCI-Führung ließ abgesehen schon seit Jahren mit einer Koalition mit den Christdemokraten, statt ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei (PSI) auf der Grundlage eines sozialistischen Programms anzustreben.

Kompromißpolitik der PCI

Diese Politik einer gewollten großen Koalition zeigt, daß die PCI-Führung teilweise sogar noch weiter rechts steht als so manche sozialdemokratische Führung in Europa. Vom Programm und von ihrer Führung her ist

die PCI eine reformistische Partei. Diese Politik führt oft zu blanken Opportunismus. Die PCI-Führung attackiert z.B. nur mit halber Kraft die kriminellen Verstrickungen konservativer Politiker mit der Mafía und den Rechtsradikalen. Die PSI (Sozialistische Partei) hat im Moment mehr Profil, was den Kampf gegen Korruption angeht als die PCI, obwohl führende PSI-Politiker selbst Dreck am Stecken haben.

Mit zaghaften Vorstößen wie z.B. „schrittweiser Austritt aus der Nato“ oder „schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie“, was jeder versprechen kann und manche auch glaubwürdigger, gewinnt die PCI-Führung keine Wahlen. Zumal sie es versäumt hat, gerade während des Wahlkampfes auf die Frage nach der Kernenergie, die doch eine der Hauptthemen war, einzugehen.

Dafür hat sie nun die Quittung bekommen: Die PCI verlor 3,3% und fiel auf 26,6% zurück. Landesweit steht es so aus, als ob die Kommunisten Stimmen vor allem an die Sozialisten und in geringerem Maße an die Grünen abgegeben hätten.

In Mailand gewann die PSI 7,5% auf Kosten der PCI dazu; dort hatte die PCI u.a. den Milliardären G. Rosi aufgestellt, der nun gewiß nicht an ein marxistisches Programm denken läßt. In Turin, Sitz des Fiat-Konzerns, bleibt die PCI zwar stärkste Partei, verlor aber 4%. In Bologna, das als stärkste Hochburg bekannt ist, verlor sie ebenfalls 4,1%.

Umnut

in der Arbeiterklasse

In diesem Rahmen bewegen sich auch die Verluste in allen größeren Städten Siziliens. Nicht zufällig aber stellt die Stadt Vitoria eine Ausnahme dar, wo die PCI von 49% auf 62,7% (!) hochrückte, denn dort verteidigte der kommunistische Bürgermeister die Mieterrechte.

In vielen anderen Städten und auch in der Gewerkschaft praktiziert die PCI-Führung aber eine Politik der Klassenkompromisse: Bei unzufriedenen Arbeitern gibt es schon Tendenzen, unabhängig von der PCI oder der Gewerkschaft zu kämpfen. So gibt es zum Beispiel bei den Lehrern und Eisenbahnern unabhängige Basiskomitees, die konsequenter gegen die Unternehmer für ihre Interessen kämpfen wollen.

Im Herbst gab es eine Unmenge lokaler wilder Streiks, viele Arbeiter hö-

ren nicht mehr auf die mäßigen Worte ihrer „kommunistischen“ Vertreter, die allzuoft faulen Kompromissvorschlägen der Unternehmer zustimmen.

Opposition in der PC

Und eben dies ist die Lehre, die PCI aus den Wahlen ziehen muß: Ein Programm der sozialistischen Umwandlung vorlegen, da die einzige Möglichkeit ist, die Unterstützung der Arbeiter und des Mittelstandes zu gewinnen. Dies heißt, daß sich klar für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, die dehnung der Dienstleistungen im Wohnungs-, Gesundheits-, und Umweltbereich, den Austritt der Nato und den Ausstieg aus Kernenergie aussprechen muß. I mehr sie vor allem die Verstaatlichung der 300 größten Unternehmen, ken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle fordert. Obwohl viele Arbeiter aus Wut gegenüber der PCI-Führung oft gegen deren Willen kämpfen, kommen sie führen kann.



200.000 Gewerkschafter demonstrieren Rom gegen Reallohnverluste.

der PCI nicht vorbei, denn die Mehrheit der Arbeiterklasse ist loyal Partei, wenn auch kritisch gegenüber der Führung. Der Umnut der Arbeiterklasse spiegelt sich deshalb in Partei wider. Zwar hat die PCI autoritäre Struktur, aber schon einiger Zeit sind oppositionelle Strömungen so stark, daß sie nicht einm unterdrückt werden können. I wird sich in Zukunft noch verstärken Vor allem die marxistische Opposition wird stärker werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß die PCI die Situation in Italien positiv wandeln, die sozialistische Umwälzung durchführen kann.

Agnes Hof, Göttingen
Jungsozialistin

Internationale Notizen



Ecuador
Ein am 28. Oktober von der Einheitfront der Arbeiter (FUJ) ausgerufen und von der Regierung für illegal erklärter Generalstreik wurde durchgeführt, um den Rücktritt des Innenministers Robles zu erzwingen. Robles sollte im Amt bleiben, obwohl das Parlament die Absetzung beschlossen hatte. Mehr als eine Million Arbeiter und 800.000 Schüler und Studenten streikten.

Griechenland
Seit Wochen kämpfen die Studenten gegen die Bildungspolitik der PASOK-Regierung. Forderungen: Mehr finanzielle Förderungen, Abschaffung veralteter Lehrmethoden und Verstaatlichung privater Universitäten. Bei Demonstrationen ging die Polizei brutal mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Studenten vor.

Tahiti
Nach Auseinandersetzungen zwischen streikenden Hälternarbeitern und der Polizei wurden

eine Ausgangssperre und der Ausnahmezustand verhängt. In der Hauptstadt Papeete waren Straßenschildern gekommen, bei denen Demonstranten Geschnäße und Autos anzuhendeten. 26 Menschen wurden verletzt, 50 Demonstranten verhaftet.

USA
17 Wochen dauerte ein Streik von 2000 Beschäftigten der Fernsehgeseilschaft NBC. Bei dreijähriger Laufzeit des Tarifvertrages ging es den Beschäftigten vor allem um die Frage der Arbeitsplatzsicherheit.

Libanon
Anfang November fand ein fünfjähriger Generalstreik statt, an dem sich Arbeiter aller Bevölkerungsgruppen beteiligten. Der Grund war die galloppierende Inflation, die eine 100%ige Anhebung des Mindestlohnes auf 30 Dollar im Oktober innerhalb von 6 Wochen wieder voll zurückmachte. Es streikten schrittweise Arbeiter in Beirut, christliche Arbeiter in Zahlé und sunnitische Arbeiter in Tripoli.

Nein zum Krisendiktat des Kapitals!

Rettet den Kohlebergbau!

Ein brutaler Kahlschlag wird von den Bergbauunternehmen und der Kohleregierung in den Kohlerevieren geplant. 30-35.000 Kumpels sollen in den nächsten 2 bis 3 Jahren an die Luft gesetzt werden. Diese anstehenden Massentlassungen und Zechenstilllegungen stehen in engem Zusammenhang mit den EG-Kohleplänen: Sie sehen Streichung von Subventionen und Produktionsabbau von insgesamt 40 Mio. Tonnen in der EG vor.

Nicht, daß weniger Energie verbraucht werden soll. Billigere Importkohle aus Südafrika (wegen der Hungerlöcher für schwarze Bergarbeiter) und Kernenergie (zum größten Teil aus Steuergeldern finanziert) sollen verstärkt zum Einsatz kommen. Sichere Energiequellen und unsere Arbeitsplätze interessieren weder die EG-Behörden noch die Kohl-Regierung. Ihre oberste Aufgabe ist die Sicherung der Profite der Unternehmer. Doch die Kohle ist und bleibt die heimische Energiequelle Nr. 1; die Reserven reichen für mehrere hundert Jahre. Es gab bereits massiven Arbeitsplatzabbau im Steinkohlebereich: von über 600.000 Anfang der 60er auf jetzt knapp 160.000. Doch die Kumpels konnten in Aufschwungzeiten in anderen Branchen unterkommen. Heute bei 2,2 Mio. Arbeitslosen (inoffiziell über 3,5 Mio.) und kommandierender Reserven werden die Kollegen kaum noch Ersatzarbeitsplätze finden.

Explosive Stimmung in den Revieren

Die Bergarbeiter wollen um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Warum sollten sie sich auch auf Absprachen mit den Bergbau-Bossen oder der Kohl-Regierung verlassen? Der 1980 geschlossene „Jahrundervertrag“, der der Kohle eine Abnahme durch die Kraftwerke bis 1995 garantierte, soll aufgekündigt werden.

Besonders im Ruhrgebiet wollen die Kumpels alles hinschmeißen und „auf Bonn marschieren“. Der Betriebsratsvorsitzende auf der Zeche „General Blumental“ meinte im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung: „Wir wollen und können nicht mehr warten. Die Kollegen, die jetzt mahnen, mahnen zur Friedhofsruhe. Verdammte noch mal, wir kriegen die Prügel, weil unser Hauptvorstand schweigt.“ Sein Betriebsratskollege ergänzte: „Jetzt brennt die Ruhr, wir können unsere Leute nicht mehr halten. Wird keine härtere Gangart gefahren, fliegen uns

Bosch/Strunck in Köln: Erneuerter Kampf gegen Betriebschließung

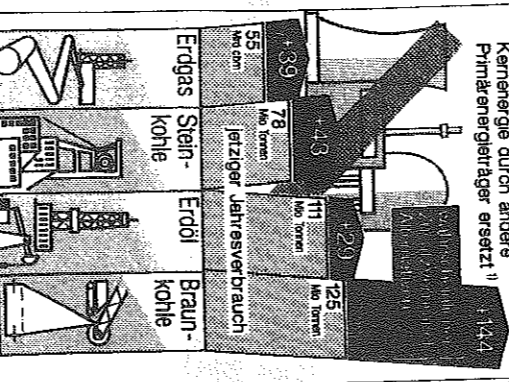
Köln hat mit über 15% eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote. Vor diesem Hintergrund ist die Verbitterung und der Kampfswille zu sehen, der sich vor allem angesichts weiterer geplanter Betriebschließungen oder Verlagerungen bei den betroffenen Belegschaften und auch bei der Kölner Bevölkerung insgesamt entwickelt. Besondere Empörung ruft es hervor, wenn Betriebe nicht wegen mangelnder Aufträge dichtgemacht werden, sondern weil sie an anderen Standorten noch profitbringender arbeiten können. Dieses Schicksal bedroht erneut die Firma Bosch-Strunck. Schon 1983 sollte der Betrieb „umgesiedelt“ werden. Damals war der Kampf der Belegschaft und der IG-Metall erfolgreich, vor allem durch die Unterstützung anderer Arbeiter aus Kölner Klein- und Mittelbetrieben und der örtlichen Bevölkerung. Jetzt soll der Betrieb endgültig geschlossen werden.

Zwar behauptet die Leitung des weltweit operierenden Bosch-Konzerns, jeder der dreihundert Beschäftigten könne in einer anderen Niederlassung Arbeit finden. Das ist Flexibilität nach Art der Unternehmer. Nicht dort, wo die Arbeiter wohnen und ihre Lebensbereiche aufgebaut haben werden Arbeitsplätze geschaffen, sondern dortin, wo es für die Großkonzerne am meisten Profite abwirft, haben sich

die Gewerkschaftsführer vor die Füße.“

In verschiedenen Aktionen haben die Bergarbeiter ihre Kampfbereitschaft signalisiert. Anfang September gingen in Herten mehr als 15.000 Menschen (1/4 der 68.000 Einwohner) auf die Straße, um gegen die drohenden Massentlassungen zu protestieren. Schulen und Geschäfte blieben geschlossen in einer Art „lokalem“ Generalstreik, wie in der Stahlstadt Herten Anfang des Jahres. Herten lebt von der Kohle: Von den 23.000 Arbeitsplätzen sind 11.500 oder 50% im Bergbau und 40% der Schulabgänger kamen bis heute dort unter. In Lünen demonstrierten 25.000 junge Bergarbeiter. In Recklinghausen ließen 400 Lehrlinge alles liegen und marschieren zum Rathaus im Kampf gegen den angekündigten Ausbildungsstopp. Die IGBE-Spitze muß diese Signale

Ersatz für Atomstrom



Es besteht noch großer Zusatzbedarf an Kohle, wenn ein Ausstieg aus der Atomenergie erfolgt.



Kumpel werden aktiv. Anfang November demonstrierten 2000 Bergarbeiter in Hückelhoven bei Aachen gegen die geplante Verminderung ihrer Arbeitsplätze.

22% Arbeitslose in Aachen

Auch im Aachener Revier demonstrierten 8000 gegen den Verlust von 8000 Arbeitsplätzen bei der Stilllegung der Zeche Emil Mayrisch und der Kokerlei Anna. Hierzu käme ein Verlust von weiteren 8800 Arbeitsplätzen, die direkt oder indirekt von den Zechen abhängen. Für Aachen würde dies einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von

SPD und Gewerkschaften Facharbeiterrolle für Funktionäre

Im Juni 1987 wurde im niedersächsischen Landtag über eine Erhöhung der Abgeordneten - Diäten entschieden. Auch die SPD-Landtagsabgeordneten stimmten zu.

Die Einkommen der Gewerkschaftsvorsitzenden in der BRD gehen ab 100.000 DM an aufwärts (ohne sonstige Nebeneinkünfte). Zwei Beispiele, die zeigen, daß unsere Spitzenfunktionäre und -kollegen einen ziemlich anderen Lebensstandard genießen, als die große Masse derer, die sie vertreten sollen. Die negativen Folgen davon liegen auf der Hand: Aus den materiellen Vorteilen für Funktionäre entsteht leicht eine wachsende Bürokratisierung. Karriereaufstieg breitet sich aus.

Sehr augenfällig wurde dies z.B. bei dem Skandal um die Neue Heimat, wo sich Spitzenfunktionäre auch privat Vorteile verschaffen. Und der inzwischen verstorbene Neue-Heimat-Chef Victor kam sich mit seinem 500.000 DM Jahresgehalt im Vergleich zu anderen „Wirtschaftskapitänen“ sogar noch unterbezahlt vor!

Aber das Problem liegt nicht nur in solchen ausufernden Zuwendungen, sondern fängt schon viel früher an. Grundsätzlich muß erreicht werden, daß unsere Vertreter demokratisch kontrolliert werden können und sich nicht zu einer sozial abgehobenen Schicht entwickeln. Jemand, der Arbeiterinteressen vertreten will, muß sich auch in die Probleme von Arbeitnehmehaushalten hineinversetzen können. Wie soll das möglich sein bei den derzeitigen Spitzengehältern?

Anbindung an die Basis

Darum fordern wir einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn sowie jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der Funktionäre und Mandatsträger in den Arbeiterorganisationen. Nur so ist eine enge Anbindung an die Interessen der Basis gewährleistet. Die Kampfbereitschaft der Führung wäre dann höher, und es würden wohl auch weniger oft halbherzige Kompromisse abgeschlossen.

Auf das Argument, Spitzengehälter für Spitzenfunktionäre seien nötig, da diese sonst in die freie Wirtschaft ab-

Der EBV gehört genauso wie Arbed Saarstahl dem luxemburgischen Montankonzern Arbed S.A. Für Arbed Saarstahl allein hat der Konzern bereits 3,5 Milliarden DM und für den EBV 450 Mio. DM Subventionen kassiert. Wo sind sie geblieben? Der EBV verlangt jetzt erneut 400 Mio. DM, nicht etwa um Arbeitsplätze im Aachener Revier zu erhalten, sondern um in einer anderen Arbed-eigenen Zechen, die Zeche „Westfalen“ im Ruhrgebiet zu rationalisieren!

Demokratische Arbeiterkontrolle

Die Zukunft der Kohle ist mit der Stahlproduktion eng verbunden. Die Stahlindustrie ist neben Kraftwerken der größte Abnehmer der Kohle. Deshalb ist ein gemeinsamer Kampf von IGBE und IG Metall für den Erhalt der Stahl- und Kohleproduktion nötig. Es hat doch keinen Sinn, auf Subventionen unter Arbeitgeberkontrolle zu setzen. In diesem Jahren werden die Bergbau-Bosse 10,7 Milliarden DM an Subventionen kassieren. Trotzdem wird die Produktion eingeschränkt und es werden Massentlassungen eingeleitet. Deshalb müssen sich IGBE und IG Metall für die Verstaatlichung der Stahl- und Bergbaubetriebe unter demokratischer Arbeiterkontrolle einsetzen. Für die Sicherung der Kohle wären folgende weitere Schritte notwendig:

- sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie: Die Kohle ist die sicherere Energie und mit Einsatz von Filteranlagen in Kohlekraftwerken auch umweltschonend;
- Drastische Arbeitszeiterkürzung durch 4-Tage-Woche bei völler Lohnausgleich. Das ist mehr als berechtigt, schließlich hat sich in den letzten Jahren die Schichtleistung von 1,6t auf 4,5t fast verdreifacht. Für die Durchsetzung dieser Forderungen müssen DGB und SPD voll Unterstützung leisten.

Gäetan Kayitare, Aachen SPD-Mitglied

heute, dann gäbe es weder Gewerkschaften noch Partei.

Wenn wir diese Forderungen durchsetzen, dann hätten wir ba mehr Geld in den Streikkassen bzw für Kampagnen seitens der SPD. Auch der politische Erfolg bliebe nicht aus, denn die politische Glaubwürdigkeit würde enorm ansteigen. „Arbeiterabgeordnete mit Arbeiterlohn“, das war einer der Wahlslog marxistischer Labour-Kandidaten Großbritannien. Bei der Wahl im Juni 87 konnte die Labour-Party in den Wahlkreisen dieser Kandidaten große Stimmengewinne verbuchen. Zur Zeit gibt es aber noch keine Partei, in der dieser Grundsatz umgesetzt befolgt wird.

Die beiden Forderungen, jederzeitige Abwählbarkeit für Funktionäre und Facharbeiterlohn, hatten frü Tradition in der Arbeiterbewegung und müssen endlich wieder aufgefunden und durchgesetzt werden.

Geert Möbius, SPD-Mitglied



Gewerkschaftsführer Rappe, Mayr, Breit - ob sie für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn weitermachen würden?

VORAN

„Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen

Büchens bitterere Pflien Werden wir nicht Schlucken

„Das für jeden Menschen erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ist eines seiner Grundrechte“, schreibt die Weltgesundheitsorganisation der UNO, die WHO. Doch wie so viele andere gesetzlich festgeschriebene Rechte muß die Mehrzahl der Menschen – von Dritte-Welt-Staaten bis hin zu den modernsten Industrienationen – dieses Recht auch heute noch vergeblich einklagen. Und Tag für Tag bedrohen neue Gefahren und Krankheiten unser Leben. Wer kann schon fliehen vor Umweltschmutzung und Super-Gau, vor Streß und Druck in der Schule und am Arbeitsplatz?

Die Chemie- und Nahrungsmittelkonzerne sind nur an ihrem Profit interessiert, ihnen ist es egal, wieviel Chemie, wieviel Farb- und Konservierungsstoffe schließlich in unserem Essen enthalten sind. Auch die Atom-Mafia wird nicht freiwillig auf ihre Gewinne verzichten und die Gefährlichkeit der AKWs zugeben. Und wer weiß wirklich wieviel Tonnen Abwasser täglich in unsere Flüsse gekippt werden?

Einige der größten Gefahren lauern am Arbeitsplatz. Trotz des technischen Wandels sind die Arbeitsbelastungen nicht geringer geworden. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, vor allem Lärmschwerhörigkeit und Asbesterkrankungen, nehmen weiter zu.

Allergien

Als besonders hoch bezeichnet der DGB die Dunkelziffer arbeitsbedingter Krebserkrankungen. Häufige Leiden, wie Allergien, Erkrankungen der Atemwege, des Nerven- und Bewegungssystems, werden sehr selten als Berufskrankheit geltend gemacht, obwohl die Arbeitswelt durch den Umgang mit gefährlichen Stoffen usw. der Hauptverursacher ist. So verzichten viele Betroffene auf mehrere tausend Mark Sozialleistungen, jährlich, nur um nicht aufzufallen, nicht als Kranker auf das Abschiebegerät zu geraten. Und wer wirklich einmal auf seinem Recht bestehen will, muß meist lange für die Anerkennung seiner Berufskrankheit kämpfen.

Beim Umgang mit giftigen Arbeitsstoffen ist das Risiko der Unfruchtbarkeit oder aber körperlicher Schäden und Krebs bei den Kindern besonders hoch. In einer Studie der WHO wurde anhand einiger Kinderkräftfälle nachgewiesen, daß jeweils ein Elternteil mit Öl- oder Farbstoffen gearbeitet hatte. In der Rangliste der besonders gefährdeten Berufe stehen Nar-

koseärzte, Laborangestellte, Chemie-, Metall- und Bauarbeiter ganz oben.

Arbeitsbedingungen

Aber auch Arbeitsbedingungen wie Akkord- und Schichtarbeit oder einseitige Belastungen werden nicht abgebaut, obwohl man auf diesen typischen Verschleißarbeitsplätzen damit rechnen muß, schon vor dem Rentenalter als Frührentner auszuscheiden. In den Arbeitsoffverordnungen und Arbeitsschutzgesetzen wird dem Profit ganz klar Vorrang vor der Gesundheit der Arbeitnehmer gegeben. So spiegeln sich soziale Unterschiede auch in den Sterblichkeits- oder Krankheitsziffern wider. „Tendenziell ist der Gesundheitsstatus umso besser, je höher das Einkommen“ berichtete eine Studie des Sachverständigenrates vor ein paar Monaten.

Profite

Und die Kehrseite der Medaille? Das Geschäft mit der Gesundheit blüht: Seit 1970 ist das Ausgabevolumen der Krankenkassen, das den sogenannten „Gesundheitsanbietern“ (Pharmakonzerne, Ärzte) in die Tasche fließt, von 25 auf 125 Milliarden DM gestiegen. Niedrigelassene Ärzte zählen mit durchschnittlich 200.000 Mark im Jahr weiterhin zu den Spitzenverdienern, von Chefarzten und Zahnärzten ganz zu schweigen. Die Ärzte-Lobby sichert sich ihr gutes Einkommen dadurch, daß sie die Zahl der Medizinstudenten einschränkt, nur einen Teil der ausgebildeten Ärzte einstellt und Praktikanten, Pflegepersonal und Assistenzärzte immer stärker ausbeutet.

In der Behandlung der Kranken wird zu schnell und zu oft nach dem Rezeptblock gegriffen. Besonders dramatisch: der Gebrauch von Tranquilizern und Psychopharmaka. Nimmt man ein medizinisch angemessene Behandlungsdauer an, so würden rund

80% der Bundesbürger einmal jährlich mit diesen „Sonnenbrillen für die Seele“ (so heißt es in der Werbung) behandelt. Insgesamt nehmen die Pharma-Firmen pro Jahr und Bundesbürger über 200 DM ein.

Dabei werden oft nicht nur zu teure, sondern nach Einschätzung pharmakologischer Experten allzu häufig auch therapeutisch nutzlose Medikamente verschrieben. Nach einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen sind z.B. 25% der verschriebenen Herzmittel unsinnig oder zweifelhaft. Wenn man auf diese nutzlosen Medikamente verzichten und nur noch die jeweils billigsten Präparate verschreiben würde, könnten die Arzneimittelkosten halbiert werden.

Forderungen

Trotz aller „Kostendämpfungs“-Verhandlungen haben es Ärzte-Lobby

Stoltenberg greift Arbeitern in die Tasche Der-Kampagne gegen Steuerreform nötig

Mit den von der Kohlregierung vorgelegten Plänen zur sogenannten „Steuerreform“ ist eingetroffen, was viele bereits vorher kommen sahen: Die abhängige Beschäftigten sind zweimal die Verlierer. Die Steuerentlastungen ab 1990 begünstigen vor allem die Spitzenverdiener; Lohnabhängige haben davon nur geringe Vorteile. Dafür müssen sie die Hauptlast der Finanzierung tragen.

Stoltenberg selbst gab bekannt, von seinem 18-Milliarden-Finanzierungsplan mit 18-Milliarden-Arbeitnehmer mit 3,5 Mrd. DM belastet. Dies enthält vor allem den Abbau der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachschichtzuschläge sowie für Beschäftigten-Rabatte und den Essens-Zuschuß des Arbeitgeberers. Die Unternehmer würden laut Stoltenberg mit 4 Milliarden DM belastet, der Rest belaste „unspezifisch“ verschiedene Bevölkerungsgruppen und läuft vor allem unter dem Stichwort „Subventionsabbau“.

„Subventionsabbau“

Doch was heißt „unspezifisch“ und „Subventionsabbau“? Es ist doch wohl ein Unterschied, ob z.B. der „Arbeits“ und die Forschung im Leistungsbereich mit Subventionen bedacht werden, oder ob es um Subventionen für sozialen Wohnungsbau, Arbeitsplätze und Sozialleistungen geht.

Schließlich läuft auch der von Bangemann geforderte „Subventionsabbau“ im Bereich Kohle und Stahl darauf hinaus, zehntausende Arbeitsplätze



und Pharmaindustrie bisher geschafft, ihre Profite ungeschmälert zu erhalten oder sogar noch zu steigern. Die Krankenkassen haben im derzeitigen System keinen Einfluß auf Preis und Menge der Gesundheitsleistungen.

Über der Arbeiterklasse enthielt sich eine riesige Kostenexplosion, wobei die von der Regierung jetzt geforderte Selbstbeteiligung ihre Situation noch verschärfen würde.

Wir fordern daher:
- Keine Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu Lasten der Masse der Bevölkerung
- eine grundlegende Reform des Ge-

ze den Bach runter gehen zu lassen. Bei diesen Hilfen für Kohle und Stahl stellt sich allerdings die Frage, ob sie vor allem in die Taschen der Unternehmer fließen oder tatsächlich Arbeitsplätze erhalten.

Nein, es gibt keine klassenneutralen Subventionen. Der Großteil des „Subventionsabbau“ wird wiederum zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehen.

Quellensteuer

Als Beitrag zur Steuergerechtigkeit präsentiert Stoltenberg die Quellensteuer, d.h. die Besteuerung der Zins-einkommen an der Quelle, nämlich bei den Banken. Dies ist jedoch keine neue Steuer, denn eigentlich müßten die Erträge aus Zinsen im Rahmen der Einkommenssteuererklärung angegeben werden. Tatsächlich werden jährlich ca. 110 Mrd. DM Steuern in diesem Bereich hinterzogen, weil die Finanzämter Zinsinkommen nicht überprüfen können. Denn es gibt einen Bankenerlaß, nach dem die Zinszahlungen der Banken an ihre Kunden anonym bleiben. Um diese Anonymität zu wahren, sollen die Banken jetzt pauschal und ohne Namensnennung die 10%ige Quellensteuer an die Finanzämter abführen.

Aber die Frage ist doch: Warum wird nicht einfach der Bankenerlaß aufgehoben? Hier wird wieder deutlich: Das ganze komplizierte und unübersichtliche Steuerrecht besteht vor allem deshalb, um die Reichen nicht zur Offenlegung ihrer Einkünfte zu

zwingen. Die Einkommen seiner Beschäftigten sind jedem Unternehmen bestens bekannt. Die Lohnsteuer wird von ihm sofort an der Quelle abgebührt. Der Arbeitnehmer kann sich bei sensiblen nach einem Jahr zuviel gezahlte Steuern über den Lohnsteuerjahressausgleich zurückholen.

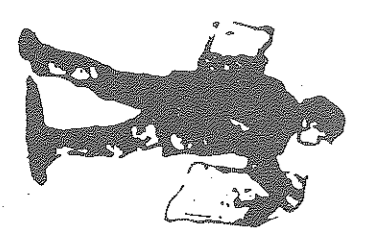
Geheimnisse

Wenn wir jedoch die Einkommenerklärung erfragen wollen, dann sind da Geschäfts-, Banken- und Steuergeheimnis im Weg. Die Unternehmer können sich mit ihren Steuererklärungen Zeit lassen, Bilanzen freistellen, Gewinne verstecken, alle möglichen Tricks und Gesetzlücken mit Hilfe ihrer Steuerberater ausnützen. Ganz zu schweigen von den Möglichkeiten zur Kapitalflucht (siehe Bortolicecker), die ein Normalverdiener auch nicht hat.

Die einzige Steuergerechtigkeit besteht darin, wenn das ganze Steuersystem über den Haufen geworfen, die indirekten Steuern (die von der Masse der Verbraucher bezahlt werden) abgebaut, das Geschäfts- und Bankengeheimnis aufgehoben und eine einzige Einkommenssteuer eingeführt würde, die für Spitzenverdiener stark progressiv ansteigen muß.

Dies ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, auf die sich die SPD wieder bestimmen sollte. In der Druck- und Autoindustrie hat es schon Warnstreiks gegen die Besteuerung von Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen sowie der Beschäftigten-Rabatte gegeben. SPD und DGB sollten sich zu einer großen Kampagne gegen die „Steuerreform“ der Kohlregierung zusammenschließen und eine progressive Einkommenssteuer als Alternative propagieren.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist



Ich möchte VorAN unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Einlesen an: VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1

Einlesen an: VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1

VORAN abonnieren 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adreßfeld ausfüllen und einschicken.)

Pscha Essen, Bl.Z 360 100 43
Konto Nr. 2500 59-430
Einlesen an: VORAN, Hansring 4, 5 Köln 1